

JAHRESBERICHT 2015

SP Kanton Bern



Titelbild:

Erfolgreiche National- und Ständeratswahlen 2015

v.l.n.r.: Corrado Pardini (NR), Nadine Masshardt (NR), Evi Allemann (NR), Hans Stöckli (SR), Matthias Aebischer (NR), Alex Tschäppät (NR), Margret Kiener Nellen (NR)

Impressum:

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (Hrsg.)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Postfach 1096, 3000 Bern 23

Tel. 031 370 07 80, Fax 031 370 07 81

E-Mail: sekretariat@spbe.ch

Internet: www.spbe.ch

Titelfoto: Atelier Bläuer (Markus Beyeler, Mike und Markus Niederhauser)

Auflage: 350

Bern, April 2016

Inhaltsverzeichnis**Seite**

Rechenschaftsbericht der GPK.....	4
Rapport de la commission de gestion	5
Parteipräsidium.....	7
Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern	9
Parteitage	12
Nationalrats- und Ständeratsdeputation	15
Grossratsfraktion	21
Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)	28
SP Frauen Kanton Bern.....	31
JUSO Kanton Bern	33
Sozialdemokratisches Forum.....	35
SP 60 +	37
Regionalverbände.....	40
Sektionen	42
Projekt Agglomerationen	44
Fachausschuss Bildung	45
AG Asyl.....	47
AG Kirche und Staat.....	48
AG SPowers	49
Bildungsveranstaltungen.....	50
Parteisekretariat.....	51
Gleichstellungsmonitoring	56
Mitgliederzahlen in den Sektionen.....	57
Bilanz und Erfolgsrechnung	62
Kommentar zur Jahresrechnung 2015.....	63
Revisionsbericht	65

Rechenschaftsbericht der GPK

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat im Jahr 2015 eine Sitzung durchgeführt. Die übrigen GPK-Geschäfte konnten per Emailverkehr erledigt werden. Zudem fand ein Treffen mit der Parteileitung statt. Eine Kontrolle der Führungsorgane ist durch die Zustellung der entsprechenden Sitzungsprotokolle gewährleistet.

Basierend auf den vorgegebenen Richtlinien wurden im 2013 klare Ziele definiert und der GPK wiederkehrende Aufgaben zugewiesen, die einen sinnvollen und effizienten Einsatz des Prüfungsorganes garantieren. Es handelt sich dabei um folgende Schwerpunkte:

1. Revision der Jahresrechnung
2. Mandatskontrolle an den Parteitag
3. Durchsicht der Protokolle von Partei- und Geschäftsleitung
4. Prüfung von zu revidierenden Dokumenten (Statuten, Reglemente, etc.)
5. Beratung der Parteileitung und des Sekretariates bei juristischen Angelegenheiten

Die Revision der Jahresrechnung 2015 fand durch einen GPK-Ausschuss am 26. Februar 2016 statt. Der entsprechende Revisionsbericht ist am Ende des Jahresberichtes abgebildet.

Bekanntlich wurde der Aufbau der Buchhaltung im 2014 zusammen mit der damals neu angestellten Buchhalterin Rosa Treu komplett überarbeitet. Das Geschäftsjahr 2015 ist nun das erste, in welchem der neue Kontenplan voll zur Anwendung kam. Erfreulich ist, dass Rosa den Revisoren bestätigen konnte, dass sich der Neuaufbau gelohnt hat. Die Arbeit sei dadurch wesentlich übersichtlicher und effizienter geworden. Die Revisoren danken Rosa für die saubere und exakte Buchführung, die kompetenten Auskünfte und die engagierte Arbeit.

Im juristischen Bereich wurde die GPK im vergangenen Jahr zwei Mal vom Sekretariat kontaktiert. Im einen Fall ging es bei einer Sektion darum, einen Mitgliederausschluss-Artikel in den Statuten anzupassen. Im anderen Fall hatte eine Sektion eine Auslegungsfrage zur kommunalen Wahlanleitung betreffend die Gemeindewahlen und den Minderheitenschutz der SP. Beide juristischen Fragen konnten in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat zur Zufriedenheit der Sektionen beantwortet werden.

Die GPK setzt sich momentan aus fünf Mitgliedern zusammen. Es sind dies Samuel Bhend, Verena Kauert, Verena Moser, Stefan Neuenschwander und

Regina Fuhrer. Letztere wurde als Vertreterin der Grossratsfraktion am Parteitag vom 2. März 2016 in die GPK gewählt. Regina ersetzt Harald Jenk, welcher während 4 Jahren als Grossrat in der Kommission mitwirkte. Harald sei an dieser Stelle ganz herzlich für seinen Einsatz gedankt.

Mit Befriedigung durfte die GPK einmal mehr feststellen, dass es dem Leitungsgremium ein wichtiges Anliegen ist, transparent gegenüber der Parteilbasis zu sein. Wir danken der Geschäftsleitung, dem Sekretariat und allen übrigen Mitwirkenden für die gute Zusammenarbeit und den unermüdlichen Einsatz im Jahr 2015.

Belp, 6. März 2016

Für die GPK:



Stefan Neuenschwander

Rapport de la commission de gestion

La commission de gestion (CdG) s'est réunie une fois en 2015; les autres affaires de la CdG ont pu être réglées par échanges d'e-mails. Une rencontre a en outre été organisée avec la direction du parti. Le contrôle des organes de direction est assuré par la mise à disposition des procès-verbaux de réunions.

En 2013, sur la base des directives existantes, la CdG s'est vue attribuer des objectifs clairs et des tâches récurrentes permettant d'assurer l'efficacité et la pertinence du travail de cet organe de contrôle. Les priorités suivantes ont été fixées :

1. révision des comptes annuels
2. contrôles des mandats lors des congrès
3. examen des procès-verbaux de la direction du parti et du comité directeur
4. vérification des documents à réviser (statuts, règlements, etc.)
5. conseil de la direction du parti et du secrétariat sur des questions juridiques

La révision des comptes 2015 a été effectuée par un comité de la CdG le 26 février 2016. Le rapport de révision est joint à la fin du rapport annuel.

Pour mémoire, la structure comptable a été totalement revue en 2014, avec la collaboration de Rosa Treu, nouvelle comptable engagée à cette époque.

L'exercice 2015 est le premier exercice où le nouveau plan comptable a été pleinement appliqué. Rosa a pu confirmer aux réviseurs que ce changement était utile: le travail a gagné en clarté et en efficacité. Nous nous en réjouissons. Les réviseurs remercient Rosa pour sa bonne tenue des comptes, la qualité des renseignements fournis et son excellent travail.

Dans le secteur juridique, la CdG a été contactée par le secrétariat à deux reprises ces deux dernières années. Dans un cas, il s'agissait d'adapter un article des statuts d'une section relatif à l'exclusion des membres. Dans l'autre cas, une section avait une question d'interprétation sur des instructions électorales concernant les élections communales et la protection des minorités au sein du PS. Les deux cas ont pu être traités en collaboration avec le secrétariat à la satisfaction des sections.

La CdG se compose actuellement de cinq membres, à savoir Samuel Bhend, Verena Kauert, Verena Moser, Stefan Neuenschwander et Regina Fuhrer. Cette dernière a été élue à la CdG comme représentante du groupe au Grand Conseil lors du congrès du 2 mars 2016. Regina remplace Harald Jenk, lequel a participé à la commission pendant 4 ans en tant que député au Grand Conseil. Qu'il soit ici chaleureusement remercié pour son engagement.

C'est avec satisfaction que la CdG a une nouvelle fois pu constater que le comité de direction attache une grande importance au devoir de transparence vis-à-vis de la base du parti. Nous remercions la direction du parti, le secrétariat et toutes les autres personnes concernées pour la bonne collaboration et leur engagement inlassable tout au long de l'année 2015.

Belp, le 6 mars 2016

Pour la CdG :


Stefan Neuenschwander

Parteipräsidium

Referendum und Initiative gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen

In der Januarsession entschied der Grosse Rat, das Gesetz betreffend die Einführung des Bundesgesetz über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (EG KUMV) zu revidieren und dabei das bisherige Sozialziel zu streichen, wonach mindestens das einkommensschwächste Viertel der Bevölkerung Prämienverbilligungen erhalten soll. Diese Gesetzesänderung war die Folge des massiven Abbaus der Prämienverbilligungen, der zuvor in mehreren Etappen erfolgte. Die SP wehrte sich vehement gegen diesen Abbau, denn die Prämienverbilligungen sind eine der wichtigsten Massnahmen gegen die Armut. Viele Menschen, auch des Mittelstandes, können die teuren Krankenkassenprämien nicht mehr oder nur unter grossen Einschränkungen bezahlen. Die SP lancierte deshalb im Februar zusammen mit den Grünen, den Gewerkschaften, den Personalverbänden und weiteren Organisationen das Referendum gegen diese Gesetzesrevision. Im März erfolgte dann die Lancierung der Initiative „Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen“. Es braucht dieses sozialpolitische „Duo-Pack“: Mit dem Referendum wollen wir der bürgerlichen Abbauwut möglichst schnell Einhalt gebieten und das Sozialziel retten. Mit der Initiative wollen wir das Beitragssystem wieder herstellen, wie es vor dem grossen Abbau bestand. Alle SP-Sektionen waren aufgerufen, für die beiden Vorlagen Unterschriften zu sammeln. Das war ein Kraftakt! Dank dem grossen Einsatz aller gelang es - Referendum und Initiative kamen zustande. Dass sich der grosse Einsatz gelohnt hatte, zeigte die Referendumsabstimmung vom 28. Februar 2016: Die Bevölkerung folgte uns und sagte klar NEIN zum Prämienverbilligungsabbau. Über die Initiative wird voraussichtlich 2017 abgestimmt.

Nationalrats- und Ständeratswahlen

Die nationalen Wahlen standen klar im Zentrum dieses Jahres. Im März nominierten wir 63 KandidatInnen für die drei SP-Listen. Danach erlebte die SP Kanton Bern einen fulminanten Wahlkampf mit einer Basiskampagne nach komplett neuem Ansatz. Das Konzept und die Gesamtkoordination stammten von der SP Schweiz. Sieben „CampaignerInnen“ sorgten im Kanton Bern dafür, dass in fast allen Sektionen „Küchentischgespräche“ zur Mobilisierung der eigenen Mitglieder stattfanden sowie zahlreiche Telefonaktionen für die

Schlussmobilisierung unserer WählerInnen organisiert wurden. Mit einem riesigen Aufgebot von Mitgliedern führte die SP Kanton Bern 20'000 Telefongespräche. Die Basiskampagne brachte frischen Wind in die Partei und war eine grosse Motivationsspritze. Sie hat massgeblich zu unserem guten Wahlergebnis beigetragen. Alle bisherigen NationalrätInnen, Evi Allemann, Nadine Masshardt, Margret Kiener Nellen (SP-Frauenliste), Matthias Aebischer, Corrado Pardini, Alexander Tschäppät (SP Männerliste) sowie Ständerat Hans Stöckli wurden wiedergewählt. Dies obwohl der Kanton Bern neu über einen Nationalratssitz weniger verfügt. Die neue „Liste francophone“ erreichte ein respektables Resultat von fast 2 Prozent Wähleranteilen und leistete einen wichtigen Beitrag zum guten Schlussergebnis. Die SP Kanton Bern konnte ihren WählerInnenanteil von 19.33 (2011) auf 19.68 Prozent erhöhen. Das positive Resultat ist angesichts des allgemeinen Rechtsrutsches ein schöner Erfolg. Dennoch hätten wir uns einen grösseren Zuwachs erhofft. Ein höherer Wähleranteil muss unser Ziel für die Zukunft bleiben.

Rücktritte von zwei Regierungsmitgliedern

Am 12. August bzw. 8. September erklärten die SP-Regierungsräte Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud ihren Rücktritt auf Juni 2016. Sie haben in der Volkswirtschaftsdirektion bzw. der Gesundheits- und Fürsorgedirektion während zehn Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Schon heute herzlichen Dank dafür! Die Geschäftsleitung setzte einen Findungsausschuss ein, um KandidatInnen für die Ersatzwahlen zu gewinnen. Parallel dazu suchten die Regionalverbände nach geeigneten BewerberInnen. Am kantonalen Parteitag vom 16. Dezember wurden Christoph Ammann von Meiringen und Roberto Bernasconi von Malleray als Kandidaten nominiert. Unter der Leitung von Parteisekretär David Stampfli wurde daraufhin sofort eine Wahlkampagne geplant und ab Januar 2016 umgesetzt. Die Sektionen beteiligten sich rege dabei. Christoph Ammann wurde am 28. Februar gewählt – herzliche Gratulation! - Roberto Bernasconi geht in einen 2. Wahlgang.

Persönlicher Rückblick

Das Jahr 2015 war für unsere Partei ein sehr intensives Jahr mit vielen Herausforderungen und Höhepunkten. Es war mein erstes Jahr als Präsidentin der Kantonalpartei und die vielen Aktivitäten sowie Einladungen von Sektionen und Regionalverbänden erlaubten mir, einen regen Austausch mit vielen Sektionsverantwortlichen und Mitgliedern zu pflegen. Ich traf überall auf akti-

ve und motivierte Personen, die unsere Werte und unsere Politik an ihrem jeweiligen Wirkungsort fachlich versiert und engagiert vertreten. Die Summe all dieses Wirkens macht die SP aus! Ich danke allen Mitgliedern, den Verantwortlichen der verschiedenen Parteigremien, den Sekretariatsmitarbeitenden sowie meinen KollegInnen der Parteileitung für ihren grossen Einsatz und die gute Zusammenarbeit.

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern

Partei- und Geschäftsleitung SP Kanton Bern

1 Parteileitung

2015 traf sich die Parteileitung zu 24 regulären Sitzungen und behandelte ganz viele unterschiedliche Geschäfte. Im Januar traf sie sich zudem zu einer Klausur, an welcher die Jahresplanung und die Jahresziele der Kantonalpartei verabschiedet wurden. Zusätzlich wurden an vier längeren Abendsitzungen die nationalen Wahlen 2015, die Regierungsratsersatzwahlen 2016 sowie diverse weitere Themen intensiv behandelt.

Die Parteileitung ist insbesondere verantwortlich für die Umsetzung der Jahresziele, für die Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen und die Ausführung der entsprechenden Entscheide sowie für die Kommunikation der SP Kanton Bern.

Bei der Vorbereitung der Geschäftsleitungssitzungen gab insbesondere die kantonale und eidgenössische Politagenda die Themen vor. Schwerpunkte bildeten die nationalen Wahlen 2015 und die Regierungsratsersatzwahlen 2016 sowie das Referendum und die Initiative zu den Prämienverbilligungen. Ende 2015 gab es zwei Wechsel in der Parteileitung. Die neue Parteipräsidentin Ursula Marti und die neue Parteisekretärin Zora Schindler lebten sich aber sehr schnell in das neue Gremium ein.

Daneben galt es, die regelmässigen parteiinternen Aufgaben und Treffen zu planen, wie die Vorständekonferenzen in allen Regionen, der Austausch mit

der nationalen Deputation, das Gemeindeexekutiven-Treffen, der Dankesevent für die zahlreichen Sektionsvorstände, das Neumitgliedertreffen und nicht zu vergessen der jährliche Auftritt der SP an der BEA.

Bei der Kommunikation hat die SP Kanton Bern 2015 wiederum eine grosse Anzahl an Medienmitteilungen zur kantonalen Politik versandt. Dabei legte die Parteileitung grossen Wert auf die schnelle und prägnante Kommunikation, was sich in einer spürbar hohen Medienpräsenz auszahlte.

Die Mitglieder der Parteileitung sind unter Punkt 2.2 ersichtlich.

2 Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung traf sich 2015 zu 10 Abendsitzungen und zu einer Samstags-Klausur im Januar. An der Klausursitzung wurden die Schwerpunktthemen und Kampagnen für 2015 besprochen. Dabei standen vor allem die nationalen Wahlen im Vordergrund. Zudem machte Andreas Freimüller vom Kampagnenforum einen Input zu politischer Kampagne und Social Media.

Wichtigste Aufgaben der Geschäftsleitung sind die Diskussion aktueller politischer Vorlagen, die Vorbereitung der Parteitage sowie die Verabschiedung von Positionen und Vernehmlassungsantworten.

Die National- und Ständeratswahlen 2015 standen regelmässig auf der Traktandenliste. Wichtige politische Vorlagen waren zudem die beiden Unterschriftensammlungen gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen. In der zweiten Jahreshälfte kamen zudem die Regierungsratsersatzwahlen hinzu.

Bei der Vorbereitung der Parteitage befasste sich die Geschäftsleitung insbesondere mit der Nomination für die Nationalratswahlen 2015, mit den üblichen statutarischen Geschäften und dem politischen Schwerpunkt «Sozialpolitische Herausforderungen» für den ganztägigen Parteitag sowie der Nomination der beiden Regierungsratskandidaten.

Die von der Geschäftsleitung verabschiedeten Stellungnahmen finden sich in Kapitel 2.3.

2.2 Zusammensetzungen der Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern umfasst folgende Mitglieder:

*Präsidentin	Ursula Marti, Bern
*Vizepräsident	Roberto Bernasconi, Malleray
*Vizepräsidentin	Ursula Zybach, Spiez
*Präsident der GR-Fraktion	Michael Aebersold, Bern
* *Parteisekretär	David Stampfli, Bern
* *Parteisekretärin	Zora Schindler, Bern
Regierungsmitglieder	Barbara Egger-Jenzer, Bremgarten Philippe Perrenoud, Tramelan Andreas Rickenbacher, Jens
Juristische Fachperson	Christiane Aeschmann, Bern
Vertretung Deputation	Nadine Masshardt, Bern
Vertretung SP Frauen	Ursula E. Brunner, Wohlen
Vertretung JUSO	Tamara Funicello, Bern
Genderfachperson	Tanja Bauer, Köniz
Frei gewählte Mitglieder	Kaspar Boss, Interlaken Samantha Dunning, Biel-Bienne Gilles Zaugg, Wynigen

* Parteileitung

* * PL- und GL-Mitglieder ohne Stimmrecht

2.3 Stellungnahmen 2015

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern nahm 2015 zu zehn kantonalen Vernehmlassungen und zu zwei kantonalen Konsultationen Stellung.

- Vernehmlassung Steuerstrategie
- Vernehmlassung Wassernutzungsgesetz
- Vernehmlassung Weiterbildungsfinanzierung von AssistenzärztInnen
- Vernehmlassung Änderung Sozialhilfegesetz
- Vernehmlassung SNB-Ausschüttungsfond
- Vernehmlassung Änderungen Personalgesetz
- Vernehmlassung Kantonszugehörigkeit Bernjurassischer Gemeinden

- Vernehmlassung Innovationsförderungsgesetz
- Konsultation Teilrevision Spitalversorgungsverordnung
- Vernehmlassung Arbeitsmarktgesetz
- Vernehmlassung dringliche Änderungen des Kindes- und Erwachsenenschutzgesetzes
- Konsultation Bildungsstrategie 2016

Die Stellungnahmen zu Vernehmlassungen sowie Konsultationen können nach ihrer Verabschiedung auf der Website der SP Kanton Bern www.spbe.ch nachgelesen werden.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Parteitage

Im Jahr 2015 führte die SP Kanton Bern drei Parteitage durch – zwei Abendparteitage in Bern und einen ganztägigen Parteitag in Langenthal.

Abendparteitag vom 4. März 2015 in Bern

Schwerpunkt des März-Abendparteitages waren die Nominierungen für die Nationalratswahlen 2015. Die Delegierten beschlossen die Lancierung der Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen». Angelika Neuhaus wurde als Parteisekretärin verabschiedet. Zudem motivierte SP Schweiz Präsident Christian Levrat die Delegierten mit einer Rede.

Nominierungen für die Nationalratswahlen 2015

Unter der Regie des Autors Matto Kämpf wurden die Kandidierenden für die Nationalratswahlen 2015 nominiert. Für die Frauen-, die Männer- und die Frankophone Liste wurden total 63 Personen aufgestellt. Nach der Nomination erhielten alle eine Rose, und es gab gemeinsame Fotos.

Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen»

Nachdem die Geschäftsleitung schon im Februar das Referendum gegen den Abbau bei den Krankenkassen-Prämienverbilligungen ergriffen hatte,

beschlossen die Delegierten nun noch die Lancierung der Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen». Mit dieser Initiative sollte sichergestellt werden, dass auch zukünftig genügend Geldmittel für die Prämienverbilligungen im Kanton Bern vorhanden sind.

Verabschiedung Angelika Neuhaus

Nach 15 Jahren als Parteisekretärin ging Angelika Neuhaus Ende 2014 in den Ruhestand. Von 2000 - 2014 hatte sie sich mit viel Herzblut, Sachverstand und Gespür in der SP Kanton Bern engagiert. Um ihrer wichtigen Rolle gerecht zu werden, wurde sie von allen drei PräsidentInnen, die sie während ihrer Amtszeit begleitet hat, verabschiedet.

Ganztägiger Parteitag vom 9. Mai 2015 in Langenthal

Am ganztägigen Parteitag in Langenthal gab es zuerst einen Auftritt von Ständerat Hans Stöckli sowie der grünen Kandidatin Christine Häsler. In einem politischen Schwerpunkt wurde über sozialpolitische Herausforderungen diskutiert. Im Weiteren genehmigten die Delegierten den Jahresbericht und die Rechnung. Und zudem wurde das Team für die Basis-kampagne vorgestellt.

Politischer Schwerpunkt: Sozialpolitische Herausforderungen

Drei SP-Mitglieder hielten Referate zum Thema sozialpolitische Herausforderungen. Nicolas Galladé, Stadtrat von Winterthur, Reto Müller, Vizestadtpräsident von Langenthal und Grossrätin Andrea Lüthi erzählten über ihre Erfahrungen im Sozialbereich. Anschliessend wurde eine Resolution mit sozialpolitischen Forderungen verabschiedet.

Statutarische Geschäfte

Die Jahresrechnung inklusive Finanzplanung und der Jahresbericht 2015 wurden einstimmig genehmigt. Weiter wurden die Statuten angepasst. Dabei erhielten die JUSO neu 12 Delegiertenstimmen statt wie bis anhin 6. Und die SP 60+ wurde neu als Teil der SP Kanton Bern aufgenommen. Zudem wurden alle GL- und die GPK-Mitglieder wiedergewählt.

Vorstellung Team für die Basiskampagne

Im Rahmen der Nationalratswahlen führte die SP zum ersten Mal eine sogenannte Basiskampagne durch. Dazu wurde ein ganzes Team von CampaignerInnen angestellt, die sich kurz vorstellen konnten.

Abendparteitag vom 16. Dezember 2015 in Bern

Am November-Abendparteitag in Bern wurden die beiden Kandidaten für die Ersatzwahlen in den Regierungsrat nominiert. Es gab einen Rückblick auf die eidgenössischen Wahlen. Die Parolen für die kantonalen Abstimmungen wurden gefasst. Zudem besuchte uns unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

Nomination Regierungsratsersatzwahlen

Im Spätsommer 2015 gaben die SP-Regierungsräte Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud ihre Rücktritte auf Ende Juni 2016 bekannt. Für die frei werdenden Sitze interessierten sich die beiden Grossräte Christoph Ammann und Roberto Bernasconi. Die Nomination von Christoph Ammann war umstritten. Insbesondere die JUSO wollten Christoph nicht aufstellen. Die Nomination erfolgt dann aber doch für beide Kandidaten mit einer sehr deutlichen Mehrheit.

Eine Resolution der JUSO um die Regierungsmitglieder enger an die Partei zu binden, wurde klar abgelehnt.

Rückblick eidgenössische Wahlen

Die eidgenössischen Wahlen waren erfreulich. So wurden alle Bisherigen klar wiedergewählt und der WählerInnenanteil konnte immerhin leicht gesteigert werden. Leider schaffte die Frankophone Liste keinen Sitz. Die Basiskampagne hatte sicher einen positiven Effekt, die genauen Auswertungen standen aber noch aus.

Parolen kantonale Abstimmungen

Die Parolen für die beiden kantonalen Vorlagen vom 28. Februar 2016 wurden gefasst. Beim eigenen Referendum gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen fassten die Delegierten einstimmig zwei Mal die Neinparole.

Der Kreditantrag für den Laborneubau an der Murtenstrasse wurde mit grosser Mehrheit unterstützt.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Nationalrats- und Ständeratsdeputation

In der Deputation (Evi Allemann, Margret Kiener Nellen, Nadine Masshardt, Matthias Aebischer, Corrado Pardini und Alexander Tschäppät (Nationalrat, NR) sowie Hans Stöckli (Ständerat, SR) gab es 2015 **keinen Wechsel**. Bei den **Gesamterneuerungswahlen** vom 18. Oktober wurden **alle Mitglieder wiedergewählt**. Somit haben wir die Ziele – Verteidigung der sechs Nationalratssitze sowie des SR-Sitzes – erreicht. Dies trotz Reduktion der Berner Nationalratsvertretung von 26 auf 25 Mitglieder.

Zu reden gab in der Frühlingsession die **Umsetzungsgesetzgebung zur Ausschaffungsinitiative**. Fünf Jahre nach Annahme der Volksinitiative fand eine rechtsstaatlich vertretbare Lösung mit Härtefallklausel auch im NR eine Mehrheit. Bereits vor der Parlamentsdebatte lancierte die SVP jedoch die **Durchsetzungsinitiative** (Abstimmungstermin: 28. Februar 2016). Auf ein Referendum gegen die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative verzichtete die SVP bezeichnenderweise.

Weiter wurde die **Initiative „Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule“** behandelt (NR 134 zu 26 Nein bei 12 Enthaltungen). Am 29. Juni zog das Komitee die Initiative bedingt zurück.

Der Bundesbeschluss über die **erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration** – ausgelöst durch die Parlamentarische Initiative Ada Marra (SP/VD) „Die Schweiz muss ihre Kinder anerkennen“ – fand im NR eine Mehrheit. Der SR hat die Vorlage im September jedoch an die Kommission zurückgewiesen.

Weiter behandelte der NR das Transplantationsgesetz. Zur Diskussion stand die Frage, ob die Schweiz bei der **Organspende von der erweiterten Zustimmung zur Widerspruchslösung** wechseln soll. Somit würde eine grundsätzliche Zustimmung zur Organspende angenommen (sog. Opting out). Der NR lehnte dies deutlich ab (108 zu 67 bei 4 Enthaltungen). Die Ber-

ner SP-Deputation war gespalten. Für die Widerspruchslösung waren Evi Allemann, Margret Kiener Nellen und Nadine Masshardt. Dagegen: Matthias Aebischer und Corrado Pardini. Alex Tschäppät nahm nicht an der Abstimmung teil.

Bei der **Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative** kam es zu einem überraschenden Kompromiss zwischen Initiantin Vera Weber und den Fraktionspräsidenten von FDP und SVP. Inhaltlich wurde die weitere Aushöhlung der Gesetzgebung gestoppt. Im Gegenzug verzichtete Weber auf ein Referendum.

Im NR begann in der Märzsession die Diskussion zum **Nachrichtendienstgesetz** (NDG). In der Schlussabstimmung im September verabschiedete der NR das NDG mit 145 zu 41 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Der SR stimmte mit 35 gegen 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu. Die Berner SP-Deputation war von Beginn an geteilter Ansicht. Fürs Gesetz stimmten: Matthias Aebischer, Evi Allemann, Nadine Masshardt und Alex Tschäppät sowie im SR Hans Stöckli. Dagegen waren Margret Kiener Nellen und Corrado Pardini. Gegen den Beschluss ergriff schliesslich eine Allianz (JUSO, Grüne und SP) das Referendum, das in der Zwischenzeit eingereicht wurde. Damit entscheidet 2016 das Volk übers NDG.

In der **Sondersession im Mai** stand der Einsatz von **Zivildienstleistenden (Zivis) an Schulen** zur Diskussion. Der NR lehnte mit 94 zu 82 Stimmen den bundesrätlichen Vorschlag ab, solche Einsätze zu ermöglichen. Gegen die Möglichkeit Zivis als Assistenten im Unterricht, in Schullagern, in der Pausenaufsicht, am Mittagstisch oder im Hausdienst einzubinden, sprachen sich SVP, FDP und CVP aus. In der Differenzbereinigung mit dem SR stimmte schliesslich der NR in der Septembersession doch noch zu (97 zu 87 Stimmen bei 5 Enthaltungen). Verantwortung für den Unterricht dürfen Zivis jedoch nicht übernehmen und konkurrenzieren Lehrkräfte somit nicht.

Weiter sprach sich der NR gegen eine **Registrierung älterer Schusswaffen** aus (106 zu 84 Stimmen). Die bürgerliche Mehrheit warnte vor einer „schleichenden Entwaffnung des Schweizer Volkes“. Der SR schloss sich dem NR schliesslich an.

Die **Sommersession** stand im Zeichen der Kultur: Das Parlament beschloss im Rahmen der **Kulturbotschaft 2016-2020** über eine 1 Milliarde für die Kultur. Rückweisungs- sowie Kürzungsanträge der SVP blieben chancenlos. Zudem rang das Parlament seit drei Sessionen um den **Ressourcen- und Lastenausgleich** zwischen finanzstarken und -schwachen Kantonen. Schliesslich setzte sich ein Kompromiss durch.

Weiter behandelte der NR die **Milchkuh-Initiative**. Sie fordert, dass die 1,5 Milliarden Franken Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig dem Strassenverkehr zugutekommen. Die Initiative wurde von beiden Räten klar abgelehnt. Die Volksabstimmung findet im Juni 2016 statt.

Und der NR hiess die gesetzlichen Grundlagen zur Unterstützung des Bundes für den Innovationspark gut. Die Mehrheit sieht darin eine Chance für die Wirtschaft und die Schweiz. Nur die SVP ist dagegen. Gemäss Bundesratsentscheid soll Biel Standort des **Schweizerischen Innovationsparks** werden.

Kürzungen bei **Jugend und Sport** konnten dank starkem Lobbying abgewendet werden.

Und zum Schluss der Sommersession behandelte der NR das **Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf)**. Mit der Revision soll dieses an die technischen Entwicklungen angepasst werden. Einerseits erschweren heute moderne Technologien teils die Durchführung einer Überwachung. Andererseits gibt es technisch durchführbare Massnahmen, für die eine klare gesetzliche Grundlage fehlt. Wie beim NDG war die Berner Deputation auch hier geteilter Meinung. Ja stimmten Evi Allemann, Matthias Aebischer, Nadine Masshardt und Alex Tschäppät. Nein sagten Margret Kiener Nellen und Corrado Pardini. In der Wintersession des SR kam es zu einer entscheidenden Änderung. Die SR-Mehrheit entschied, bei der Speicherung der Telefonranddaten (Vorratsdatenspeicherung) bei der geltenden Frist von sechs Monaten zu bleiben. Ursprünglich wollten Bundesrat (BR), NR und SR 12 Monate. Das Geschäft befindet sich derzeit in der Differenzbereinigung.

Nach einer stundenlangen Debatte sagte die Mehrheit im NR schliesslich Nein zur **Weiterentwicklung der Armee** (86:79 Stimmen, 21 Enthaltungen). Der SR sagte Ja zur Reform. Und in der Wintersession kippte dann der NR und stimmte der Weiterentwicklung grossmehrheitlich zu. Weiter beschloss

der NR, dass die Armee von den Abbaumassnahmen der nächsten Jahre ausgenommen wird.

Zu einem Abschluss kam die Parlamentarische Initiative von Alt-NR Pierre Bonhôte für **mehr Konsumentenschutz und weniger Missbrauch im Telefonverkauf**. Ein Widerrufsrecht von 14 Tagen statt heute 7 Tage wird Gesetz. Leider keine Mehrheit fand das gleiche Recht bei Onlinebestellungen.

Ebenfalls abgeschlossen wurden die Diskussionen zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz. Es fasst die Regeln für alle **Finanzmarktinfrastrukturen** zusammen und entspricht neuen internationalen Anforderungen an die Regulierung des Finanzmarktes. Weiter wurde die Kompetenz zur Festlegung von Positionslimiten bei Warenderivaten angenommen.

Als Folge der „Kasachstan-Affäre“ kam es zu zahlreichen Vorstössen für mehr **Transparenz** – bei Lobbyistinnen und Lobbyisten aber auch im Bereich Parteien- und Kampagnenfinanzierung.

Insgesamt gab es in der Sommersession **vier Stichentscheide** des NR-Präsidenten Stéphane Rossini (SP). Fazit einmal mehr: Es kommt auf jede Stimme an.

Zentrales Geschäft der Herbstsession war das Asylgesetz (**Neustrukturierung des Asylbereichs**). Damit sollen die Asylverfahren rascher und fair abgewickelt und der Asylbereich neu strukturiert werden. Die Mehrheit der Verfahren soll neu innert 140 Tagen rechtskräftig entschieden und vollzogen werden. Um die rechtliche Qualität sicherzustellen wird der Rechtsschutz der Asylsuchenden verstärkt. SR und NR stimmten der Vorlage zu. Nur die SVP stellte sich gegen die Änderungen und ergriff in der Folge das Referendum. Voraussichtlich im Juni 2016 wird das Stimmvolk über die Vorlage befinden. Die **Initiative „Pro Service Public“** hatte keine Chance und wurde vom NR einstimmig abgelehnt. Nun stimmt das Volk voraussichtlich ebenfalls im Juni 2016 über die Initiative ab.

Der **indirekte Gegenvorschlag zur Initiative „Grüne Wirtschaft“** mit dem Ziel, das Umweltschutzgesetz mit Vorschriften für mehr Ressourceneffizienz zu revidieren, wurde mit 95 zu 92 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. Leider setzten sich Gewerbeverband und Economiesuisse mit hartem Lobbying durch.

Mit der Schaffung der Rechtsgrundlagen für den **Automatischen Informationsaustausch** in Steuersachen mit dem Ausland soll Schluss sein mit dem

Steuerhinterziehungsgeheimnis auf internationaler Ebene. Ein historischer Moment. Unschön war, dass eine Mehrheit noch schnell eine Steueramnestie ins Gesetz packte. Und auch verschärfte Sorgfaltspflichten der Banken fanden keine Mehrheit. Zudem verzichtete der Bundesrat darauf, die längst fällige Aufhebung des Unterschieds zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug im Inland ins Parlament zu bringen.

Die Juso-Initiative „**Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln**“ wurde mit 119 zu 51 Stimmen deutlich abgelehnt. Die Volksabstimmung findet am 28. Februar 2016 statt. Noch massiver abgelehnt wurde die Initiative „**Für ein bedingungsloses Grundeinkommen**“ (157 zu 19 bei 16 Enthaltungen). Auch darüber stimmen wir 2016 ab.

Weiter wurde im zweiten Anlauf die Beschaffung eines **Transportflugzeuges** diskutiert. Die Berner Deputation war gespalten. Für die Prüfung stimmten Matthias Aebischer, Evi Allemann, Nadine Masshardt und Alex Tschäppät. Dagegen waren Margret Kiener Nellen und Corrado Pardini.

Derweil hat der SR mit der Beratung der **Altersvorsorge 2020** begonnen. Ziel: Die Renten sollen erhöht werden. Die Finanzierung ist mit einem Mehrwertsteuerprozent für die AHV gesichert. Zu Diskussionen führen wird weiterhin die Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65.

Die Herbstsession war die **letzte Session der 49. Legislatur**. Als würdiger Abschluss gab es einen einmaligen Flashmob im NR-Saal. Nachzuschauen und -zuhören: <https://www.youtube.com/watch?v=1eU421mhPT4&feature=youtu.be>

Am 30. November 2015 **startete die 50. Legislatur**. Die Wintersession stand ganz im Zeichen der Wahlen. So wurde die Bernerin Christa Markwalder (FDP) zur neuen **NR-Präsidentin** gewählt. Neuer **SR-Präsident** ist Raphael Comte (FDP/NE). Im Zentrum des medialen Interesses standen die **BR-Wahlen** vom 9. Dezember. Als Nachfolger der zurückgetretenen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wurde der Waadtländer **Guy Parmelin (SVP)** gewählt. Nach einer kleinen Rochade – BR Ueli Maurer wird Finanzminister – wurde Parmelin Verteidigungsminister. Neuer **Bundeskanzler** wurde Walter Thurnherr (CVP, für Corina Casanova). Bundespräsident 2016 ist Johann Schneider-Ammann.

Nachdem der indirekte Gegenvorschlag zur **Initiative „Grüne Wirtschaft“** abgelehnt wurde, behandelte der NR die Initiative der Grünen. Sie wurde mit

128 zu 62 bei 2 Enthaltungen abgelehnt und kommt ebenfalls 2016 vors Volk.

Resultat der dreiwöchigen **Budgetberatung**: Vor allem die Landwirtschaft wurde vom Abbau verschont (+92,8 Millionen mehr als vom BR budgetiert). Ansonsten wurde und wird praktisch überall abgebaut.

Nachdem im Sommer bereits ein **Rüstungsprogramm** 2015 von einer halben Milliarde beschlossen wurde, drückte die bürgerliche Mehrheit als Reaktion auf das Gripen-Nein ein zusätzliches Rüstungsprogramm von 874 Millionen Franken durch (u.a. mit einer massiv überteuerten Werterhaltung des Geländefahrzeug Duro, Erneuerung Kommunikationsmittel, Ergänzung der Munition etc.).

Die **AHV plus Initiative** der Gewerkschaften, mit dem Ziel einer Rentenverbesserung von 10 Prozent, wurde klar abgelehnt: 139:53 Stimmen bei 1 Enthaltung. Am 25. September 2016 kommt sie vors Volk.

Der SR hat die **Unternehmenssteuerreform III** fertig beraten. Für den Bund resultiert ein Einnahmeausfall von weit über einer Milliarde Franken. Die privilegierte Besteuerung von Dividenden und Kapitaleinlagereserven wird ohne Kapitalgewinnsteuer beibehalten. Die Vorlage kommt nun in den NR.

Die Berner Deputation ist 2016 in folgenden **Kommissionen** vertreten:

Hans Stöckli (SR):	Präsident Geschäftsprüfungskommission; Begnadigungskommission; Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit; Staatspolitische Kommission (Delegationsleitung)
Evi Allemann (NR):	Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen; Kommission für Rechtsfragen (Delegationsleitung); Begnadigungskommission
Matthias Aebischer (NR):	Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur; Gerichtskommission
Margret Kiener Nellen (NR):	Präsidentin Finanzkommission und IPU-Delegation; Vizepräsidentin OSZE-Delegation
Nadine Masshardt (NR):	Staatspolitische Kommission (Delegationsleitung)
Corrado Pardini (NR):	Kommission für Wirtschaft und Abgaben;

Alex Tschäppät (NR): Kommission für Rechtsfragen; Delegation für die Beziehungen zum italienischen Parlament
Geschäftsprüfungskommission; Neat-Aufsichtsdelegation

Und noch in eigener Sache: Nach sechs Jahren Mitgliedschaft in der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern (bis 2013 als JUSO-Vertretung) trete ich per März 2016 aus der GL zurück. Grund sind meine neuen SP-Ämter auf nationaler Ebene: **Vize-Präsidentin der SP-Fraktion** sowie Delegationsleitung der Staatspolitischen Kommission. Zudem erachte ich es als sinnvoll, wenn es zu einem personellen Wechsel kommt. Glücklicherweise hat sich SR Hans Stöckli bereit erklärt, meine GL-Nachfolge anzutreten. Ein grosses Merci im Voraus! Danken möchte ich aber auch für die Zusammenarbeit. Es waren spannende, wichtige und auch erfolgreiche Jahre in der GL (Wahl von BR Simonetta Sommaruga, Bestätigung der rot-grünen Mehrheit im Kanton, Wahl von Hans Stöckli in den SR u.v.m.).

Nadine Masshardt, Nationalrätin und Mitglied der GL SP Kanton Bern

Grossratsfraktion

Personelles

Eigentlich wäre es mit der Wahl von Ursula Zybach als zweite Vizepräsidentin des Grossen Rats im Juni ein ruhiges Jahr gewesen. Es gab in der Fraktion keine personellen Wechsel. Die im Sommer bekannt gegebenen vorzeitigen Rücktritte von Andreas Rickenbacher sowie Philippe Perrenoud per Juni 2016 haben die Ausgangslage schlagartig verändert. Wenn dieser Bericht gedruckt vorliegt, wissen wir, ob der Kanton Bern weiterhin eine rot-grün dominierte Regierung hat.

Januarsession

Die erste Session im neuen Jahr dauerte nur eine Woche. Der Grosse Rat befasste sich unter anderem mit folgenden Themen:

Richtlinien der Regierungspolitik 2015 – 2018: Gleich zu Beginn des neuen Jahres spielten die Bürgerlichen mit den Muskeln; sie forderten die Rückwei-

sung der Richtlinien 2015 – 2018 des rot-grün dominierten Regierungsrats mit neun Zielen unter anderem für eine nachhaltige Raumentwicklung, für soziale Stabilität, eine fortschrittliche Energiepolitik und eine starke Bildung. Die Richtlinien wurden vom Grossen Rat jedoch mit einem klaren Resultat (102 Ja, 28 Nein, 18 Enthaltungen) zur Kenntnis genommen.

Kreditgeschäfte waren einmal mehr wenig umstritten: So wurde der Kantonsbeitrag an eine neue Werfthalle der BLS in Thun ohne Gegenstimme genehmigt, ebenso wie der Kredit für den Bau eines neuen Laborgebäudes der Universität Bern, wogegen das Referendum ergriffen wurde.

Gegen den Willen der Mehrheit der SP-JUSO-PSA Fraktion überwies der Grosse Rat eine Motion mit der Forderung, auf die vom Bund per 1.1.2015 ermöglichte Erhöhung des Wasserzinses für bestehende Grosswasserkraftwerke zu verzichten. Abgelehnt wurde die SP-Motion «Für eine kohärente Sozialpolitik». Die Bürgerlichen überweisen hingegen eine Motion, wonach der SKOS-Mitgliederbeitrag künftig nicht mehr durch den Kanton, sondern durch die Gemeinden bezahlt werden muss. Ein schlechtes Omen für die anstehende Revision des Sozialhilfegesetzes!

Das Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule und der Bericht des Regierungsrats zur Kulturpflegestrategie des Kantons Bern fanden breite Zustimmung. Mit Überweisung der dringlichen Motion der Bildungskommission BIK «Französisch muss in der Deutschschweiz in der Primarschule verankert bleiben», setzte der Grosse Rat ein klares Zeichen für einen zweisprachigen Kanton Bern.

Märzsession

Der Grosse Rat befasst sich in der Märzsession mit dem kantonalen Geoinformationsgesetz und genehmigte – zum Teil gegen Stimmen aus unserer Fraktion – die neue Verpflichtung der Restmittel des Investitionsspitzenfonds. Im Hinblick auf die Auflösung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen per 1. April 2015 sollten die noch verfügbaren Fondsmittel für die Sicherung der Finanzierung der beiden Grossprojekte «Verkehrssanierung Burgdorf–Oberburg–Hasle» und «Verkehrssanierung Aarwangen–Langenthal Nord» verwendet werden. Nicht verpflichtete Fondsmittel wären einmalig zu Gunsten der laufenden Rechnung pro 2015 verfallen; die beiden Verkehrssanierungsprojekte im Emmental und bei Aarwangen wären – so die Argumentation – ohne Fondsmittel nicht finanzierbar gewesen.

Genehmigt wurden weiter Kredite für neue Uniformen der Kantonspolizei, für die Sanierung und Erweiterung des Sportzentrums Gstaad sowie für die Unterbringung und Betreuung unbegleiteter, minderjähriger Asylsuchende. Breite Unterstützung fand auch eine Motion zur Sicherstellung der ärztlichen Weiterbildung; bis vor wenigen Jahren betrug der jährliche Beitrag pro Assistenzarzt/-ärztin 60 000 Franken. Wegen der Sparmassnahmen aufgrund der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP hatte der Kanton Bern die Beiträge gekürzt. Heute beträgt der Finanzierungsbeitrag noch 10 000 Franken. Mit dieser Finanzmotion wurde der Beitrag für die ärztliche Weiterbildung auf 15 000 Franken erhöht.

Zum Teil hoch emotional verlief die Diskussion zur Motion Studer (SVP) «Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Bereich Geburtshilfe in der Region Simmental-Saanenland». Damit sollte die Spital STS AG (Simmental-Thun-Saanenland) beauftragt werden, am Spitalstandort Zweisimmen auch weiterhin geburtshilfliche Dienstleistungen im bisherigen Umfang anzubieten. Die Mehrkosten sollte der Kanton im Rahmen der Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen übernehmen. Eine Medienmitteilung des Initiativkomitees mit Unwahrheiten bewog den Motionär, Gemeindepräsident und SVP-Grossrat Ueli Studer, die Motion in letzter Sekunde zurückzuziehen.

Die Kredite 2015 zur Tourismusförderung wurden wie alle Jahre diskussionslos genehmigt. Anliegen zur Förderung von preisgünstigem Wohnungsbau im Kanton Bern wurden von der bürgerlichen Mehrheit einmal mehr gebodigt. Trauriges Fazit: Nicht einmal moderateste Anliegen in Form eines Postulats haben in diesem Rat eine Chance, wenn es um gemeinnützigen Wohnungsbau geht.

Junisession

Gleich zu Beginn stand das Wahlsystem für die Regierungswahlen im Kanton Bern auf dem Prüfstand; eine Motion forderte «gerechten Proporz» statt Majorzwahlen. Das Anliegen fand – auch bei der SP-JUSO-PSA-Fraktion – wenig Unterstützung. Ebenso abgelehnt wurde der Maulkorb-Vorstoss «Keine Einmischung amtierender Regierungsratsmitglieder in kommunalen und nationalen Abstimmungen».

In erster Lesung beriet der Grosse Rat das Staatsbeitragsgesetz sowie das Steuergesetz. Wichtigste Änderung des Staatsbeitragsgesetzes betrafen Kürzungsmöglichkeiten aus finanzpolitischen Gründen sowie die Gewährleistung der Lohngleichheit. Das geänderte Steuergesetz sah eine Begrenzung

des Fahrkostenabzugs vor; der Regierungsrat schlug als Maximalgrenze 3000 Franken vor. Die bürgerlich dominierte Finanzkommission FIKO beantragte den Abzug eines Maximalbetrags von 6700 Franken. Die Mehrheit des Grossen Rats stimmte dem höheren Abzug zu. Ein Coup gelang den parteiübergreifend agierenden Grossrätinnen in der FIKO; sie brachten im Plenum einen Antrag auf Erhöhung des Abzugs für Drittbetreuungskosten für Kinder von bisher 3100 Franken auf 8000 Franken durch.

Abgelehnt wurde die SP-Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für einen Fonds zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts im Kanton Bern. Und auch im Juni wollte die Mehrheit nichts von einer unabhängigen Untersuchung der Steuerveranlagungspraxis der Berner Steuerverwaltung wissen.

Das kantonale Geoinformationsgesetz wurde in 2. Lesung verabschiedet und eine Motion für eine rasche und faire Gemeindeabstimmung über einen Kantonswechsel im Berner Jura grossmehrheitlich angenommen. Aus dem Bereich Gesundheit und Fürsorge waren eine kantonale Gesundheitsstrategie, elektronische Patientendossiers, familienexterne Kinderbetreuung, Fehlanreize in der Sozialhilfe und die Cannabisprävention Themen, welche mit politischen Vorstössen eingebracht wurden. Aus dem Bereich Volkswirtschaft standen unter anderem die Innovation für KMU-Betriebe, das Innovationspotenzial im Kanton Bern sowie die Zucht von Bienenköniginnen und das Bienensterben auf der Traktandenliste.

Ein schöner Erfolg war die Überweisung der Motion Kipfer (EVP) «Vollzug der Sozialversicherungen - Verbilligung Krankenkassenprämien»; damit wurde der Regierungsrat beauftragt, im Voranschlag 2016 und in den Folgejahren den Saldo der Produktgruppe «Vollzug der Sozialversicherungen» so zu erhöhen, dass die Verbilligung der Krankenkassenprämien mindestens $\frac{3}{8}$ (37,5 %) des Bundesbeitrags beträgt.

Wahlen und Tätigkeitsberichte:

- Marc Jost wurde erwartungsgemäss zum Präsidenten erkoren; die Wahl von Carlos Reinhart und Ursula Zybach zum ersten bzw. zur zweiten Vizepräsident/-in verlief nicht ohne Nebengeräusche, weil beide erst seit 2014 im Grossen Rat politisieren. Da zudem noch falsch ausgezählt wurde, erfolgte die Wahl vermeintlich sehr knapp mit einem äusserst schlechten Resultat. Nachdem ein vergessenes Paket mit Stimmen mitgezählt wurde, erhöhte sich die Stimmenzahl

für beide. Hans-Jürg Käser und Béatrice Simon wurden zum Regierungspräsident bzw. zur -vizepräsidentin gewählt.

- Folgende Tätigkeits- bzw. Geschäftsberichte wurden meist ohne Diskussion und Gegenstimme zur Kenntnis genommen: Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle, der Geschäftsprüfungskommission, der Parlamentsdienste, der Datenschutzaufsichtsstellen, der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft.

Septembersession

Der Schwerpunkt der Session war der Bericht des Regierungsrates zum Verhältnis von Kirche und Staat mit acht Leitsätzen der Regierung und einer Fülle von Anträgen und Planungserklärungen aus dem Grossen Rat. Kirchliche Vertretende brachten sich früh in die Diskussion ein. Die SP veranstaltete im Sommer eine interne Informations- und Diskussionsveranstaltung und lud im September Vertreter der Kirchen sowie des Pfarrvereins (organisiert im Staatspersonalverband) in die Fraktion ein. Der Bericht sowie die zum Teil ergänzten Leitsätze wurden in der Schlussabstimmung mit grosser Mehrheit überwiesen. Die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat kann nun mit den gesetzten Leitplanken weitergeführt werden. Noch in der laufenden Legislatur soll das Kirchengesetz totalrevidiert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Asylpolitik: Den Anfang machte die Berichterstattung der Geschäftsprüfungskommission GPK über die Umsetzung ihrer acht Empfehlungen. Die schnell ansteigende Zahl – auch von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbenden – stellt die Kantone vor riesige Herausforderungen, denen sie sich stellen müssen. Die Mehrheit des Grossen Rats befürwortete konsequenterweise einen Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden und überwies diverse Vorstösse unter anderem mit dem Ziel, im ehemaligen Zieglerspital genügend Plätze zur Verfügung zu stellen. Gegenteilige Forderungen, wie beispielsweise eine prozentuale Beschränkung von Asylbewerbenden in den Gemeinden, fanden kein Gehör.

In 2. Lesung verabschiedete der Grosse Rat das Staatsbeitragsgesetz sowie das Steuergesetz. Bürgerliche Hardliner wollten den im Juni beschlossenen Abzug für Drittbetreuung von 8000 Franken wieder aus dem Gesetz kippen. Ohne Erfolg; für einmal setzte sich eine Links-Mitte-Allianz zusammen mit bürgerlichen Frauen durch.

Der GR beschloss auch, der «Stopp-Fracking»-Initiative einen Gegenvorschlag entgegen zu stellen. Inhaltlich wurde darin die Forderung der Initiative übernommen; es soll jedoch nicht die Verfassung geändert werden, sondern das Bergregalgesetz. Der Gegenvorschlag wurde mit einer deutlichen Mehrheit von 136 zu 10 Stimmen angenommen. Keine Unterstützung fand die SP-Forderung nach einem Bildungsfonds. Dafür wird die untere Altstadt von Bern neuerdings als Tourismusgebiet anerkannt, was eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten bedeutet.

Novembersession

Die Balance zwischen Stadt und Land zu finden, ist immer wieder Aufgabe des Grossen Rats. In diesem Sinn lehnte er die SVP-Motion «Mehr Gehör für den alpinen Raum» ab und stimmte dem kantonalen Beitrag für die Umnutzung des Schlosses Burgdorf zu. Die Burgdorfer SP-Stadtpräsidentin liess als Dank den dort gebrauten Gerstensaft ausschenken.

In Anlehnung an die Diskussionen im September und aufgrund der in der Zwischenzeit noch verschärften Problematik nahm die Asylpolitik zu Recht viel Platz ein. Das höchst erfreuliche Fazit aus der Beratung: Auch im November setzte sich die menschenfreundliche und aufgrund der prekären Situation notwendige Position durch, wonach die in der Schweiz ankommenden Flüchtlinge aufgenommen und menschengerecht behandelt werden müssen. Von Misstrauen und Ablehnung geprägte Forderungen hatten im Grossen Rat keine Chance.

Der Voranschlag 2016 wurde mit 140 Ja, 1 Nein und 2 Enthaltungen deutlich genehmigt. Der Aufgaben-/Finanzplan 2017 – 2019 wurde mit 80 Ja, 63 Nein und 4 Enthaltungen genehmigt, obschon bürgerliche Grossräte diesen zurückweisen wollten. Zum politischen Powerplay kam es auch beim Gesetz über den SNB-Gewinnausschüttungsfonds (SNB: Schweizerische Nationalbank). Wegen der Schwankungen bei den jährlichen Auszahlungen an die Kantone soll ein Fonds mehr Sicherheit für die Budgetierung bringen. Verschiebungs- bzw. Nichteintretensanträge wurden zum Teil nur ganz knapp abgelehnt. Ein Kompromissantrag, wonach im Voranschlag und im Aufgaben- und Finanzplan jeweils nur die Hälfte der Gewinnausschüttung berücksichtigt wird solange Mittel im Fonds vorhanden sind, half dem Fonds in abgeschwächter Form zum Durchbruch.

Der Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011-2014 sowie der Massnahmen 2015-2018 bezüglich der Energiestrategie

gie 2006 wurde mit grosser Mehrheit zur Kenntnis genommen. Die Forderung nach Überarbeitung der Energiestrategie wurde abgelehnt, ebenso wie die Forderung aus der SVP, auf die Einführung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2014 (MuKE 2014) zu verzichten.

«Die Spitalstandortinitiative ist eine Bombe, die der Grosse Rat entschärfen muss». Diese Worte stammen vom SVP-Sprecher anlässlich der Eintretensdebatte. Es war geplant, in der Novembersession die Spitalstandortinitiative und Gegenvorschlag zu beraten. Der Gegenvorschlag der Regierung fand aber schon in der vorberatenden Kommission keine Mehrheiten. Dies, weil die vorgeschlagenen Finanzierungsvarianten durch Abgaben der Zusatzversicherer oder mittels Steueranlageerhöhung zu wenig Zustimmung fanden. Als Alternativen standen im Grossen Rat zwei kurzfristig eingereichte Gegenvorschläge von SVP und der SP zur Debatte. Der Grosse Rat beschloss nach einer Grundsatzdebatte, das Geschäft an die vorberatende Gesundheits- und Sozialkommission GSOK zurückzuweisen.

Wenn es um Sozialhilfe geht, weht ein rauer Wind; es wird undifferenziert von Kostenexplosion bei der freiwilligen Fremdplatzierung gesprochen, welche es einzudämmen gilt, oder die Kosten der Sozialhilfe sollen durch neue Verteiler im Lastenausgleich «gebremst und verursachergerechter verteilt» werden. Entsprechende Vorstösse wurden von einer Mehrheit unterstützt.

Zustimmung fand der Kantonsbeitrag am Vernetzungsprojekt für Bühnenkünste im Berner Jura und Biel; dies ein weiteres wichtiges Zeichen für den zweisprachigen Kanton Bern. In erster Lesung beraten wurden Änderungen des Arbeitsmarktgesetzes sowie des Gesetzes über den Kindes- und Erwachsenenschutz. Ein Erfolg war auch die Zustimmung des Grossen Rats zu der von der SP geforderten Standesinitiative für eine Verlängerung des Gentechmoratoriums.

Den positiven Schlusspunkt einer aus SP-Sicht insgesamt erfreulichen Novembersession bildete die Überweisung zweier Motionen, welche eine Revision des Notariatsgesetzes sowie den Schluss mit staatlich geschützten Mindesttarifen (Originalton: Wuchertarife) forderten und zur Überraschung vieler – auch des Fraktionspräsidenten – überwiesen wurden.

Fazit

Nach dem Rechtsrutsch bei den Grossratswahlen 2014 stellte sich die Frage, ob die Durchsetzung einer sozialdemokratischen Politik in Zukunft noch schwieriger wird. Die Antwort bleibt für mich noch offen. Die Debatten zur

Asylpolitik verliefen sachlich und lösungsorientiert. Hardliner hatten keine Chance. Auch die fortschrittliche Energiepolitik kann im Kanton Bern weitergeführt werden. Hingegen bläst ein kalter Wind bei sozialen Fragen; hier braucht es unseren vollen Einsatz, um das Schlimmste zu verhindern.

Die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat auch im 2015 mit grossem Engagement, Sachverstand und Herz politisiert. Ich danke allen herzlich. Ein grosses Merci geht an Elisabeth Striffeler-Mürset und Adrian Wüthrich (Vizepräsidium), an Béatrice Stucki (Kassierin) und Ursula Marti (Präsidentin SP Kanton Bern), an David Stampfli und Sonja Walther (Sekretariat) sowie an unsere Regierungsmitglieder Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher.

Michael Aebersold, Fraktionspräsident

Parti socialiste du Jura bernois (PSJB)

Une année placée sous le signe du franc fort – Ein Jahr im Schatten des starken Franken

L'année 2015 a commencé, comme dans toutes les régions dont l'économie est largement tournée vers les exportations, par un véritable coup de tonnerre, soit l'annonce, par la Banque nationale (BNS), de l'abandon du taux-plancher de CHF 1.20 pour € 1. La brusque appréciation de la devise nationale a placé l'économie du Jura bernois devant un défi sans précédent, et, si les licenciements massifs ont dans l'ensemble pu être évités, les entreprises sont nombreuses à avoir introduit des réductions d'horaire de travail (RHT), à ne pas remplacer les départs à la retraite, voire à procéder à des licenciements au coup par coup. Les perspectives demeurent difficiles en ce début 2016, et nombreux sont ceux qui s'indignent de l'inactivité du Conseil fédéral et du ministre de l'économie Johann Schneider-Ammann, qui se borne à réciter son catéchisme libéral.

1. Au Conseil du Jura bernois – Im Bernjurassischen Rat

Le Conseil du Jura bernois (CJB) a notamment poursuivi les travaux de mise en place du «statu quo», soit une optimisation du statut particulier dévolu au Jura bernois par la Constitution cantonale. C'est ainsi qu'a pu être désigné, début 2016, le délégué du CJB à la culture en la personne de Jérôme Be-

noit, ce qui contribuera à n'en pas douter à donner un élan nouveau à la vie culturelle déjà riche que connaît le Jura bernois.

Le CJB s'est en outre engagé avec force pour la réalisation du projet ARS, un projet résolument novateur de mise en réseau de tous les acteurs des arts de la scène. C'est surtout durant la phase parlementaire que le projet, soutenu sans réserve tant par les milieux culturels que politiques du Jura bernois, a valu quelques sueurs froides au CJB. En effet, quand bien même ARS sera financé par la seule enveloppe du CJB, le projet a été contesté par une partie des députés bourgeois qui n'en avaient manifestement pas compris la finalité et la nature. Fort heureusement, c'est un soutien ferme qui s'est manifesté au terme des débats devant le Grand Conseil.

Le CJB s'est en outre préoccupé de l'avenir des Services psychiatriques Jura bernois-Bienne-Seeland, durement frappés par de drastiques mesures d'économie. Il s'est également engagé en faveur de la pérennité de la filière bilingue proposée au Gymnase de Bienne. Il a encore exploré des voies qui permettraient la création de fonds en faveur de la formation dont le but serait d'assurer une solidarité entre les entreprises formatrices et celles qui n'accueillent aucun apprenti.

„Die Jura – Frage wird langweilig – und das ist gut so“ (Der Bund)

Enfin, le CJB s'est penché sur le dernier chapitre de la «Question jurassienne», soit les procédures communalistes. Il s'est prononcé clairement en faveur d'un vote en deux temps, Moutier étant appelée à se prononcer la première. Après quelques atermoiements, le Grand Conseil s'est rallié à ce point de vue raisonnable. Le vote devrait intervenir en 2017, et, conformément à l'Accord de février 2012, la «Question jurassienne» sera alors réglée. Ce ne sera pas trop tôt...

2. Elections nationales – Nationalratswahlen:

Objectif non atteint – Ziel nicht erreicht

La préparation des élections nationales 2015 a bien évidemment constitué le plat de résistance de l'activité du PS Jura bernois au cours de l'année écoulée. Pour la première fois depuis 1987, le PS présentait une liste francophone accueillant 5 candidat-e-s- du Jura bernois, 6 de Bienne et du Seeland et un représentant des Romands de la Ville de Berne. Un comité électoral spécifique a été mis sur pied, dont Samantha Dunning a assumé la responsabilité. A l'heure de procéder à une analyse sommaire, force est de constater que les objectifs n'ont pas été atteints. Certes, Hans Stoeckli est brillamment réélu au Conseil des Etats et enregistre une fois encore dans le Jura bernois l'un de ses meilleurs scores. Certes, la liste francophone réalise dans le Jura ber-

nois, où elle récolte plus de 20% des suffrages auxquels il convient d'ajouter quelque 6% récoltés par les autres listes socialistes, un résultat sensiblement meilleur que celui obtenu par le PS dans la plupart des autres régions du canton. Les 10% de Bienne sont également satisfaisants. Mais le but clairement avoué, celui de donner au Jura bernois ou à Bienne une voix francophone sous la coupole fédérale, n'est pas atteint. Tout au plus se souviendra-t-on que la liste francophone a permis au PS bernois de sauver son sixième siège... Le Jura bernois, pour sa part, devra se contenter du siège de l'UDC Manfred Bühler...

On ne saurait passer sous silence la vive inquiétude que suscite la montée des populismes, des forces de haine, de rejet, d'exclusion. La politique économique néolibérale menée par la plupart des Etats depuis 25 ans a fragilisé des pans entiers de la société. Les attentats aveugles, l'afflux de réfugiés innombrables fuyant la guerre, l'oppression et la misère, la crise grecque et ses débordements oratoires, les enjeux environnementaux et climatiques, tout cela conduit manifestement les opinions publiques à céder aux sirènes néfastes de ceux qui attisent et instrumentalisent les peurs, qui stigmatisent les plus faibles – étrangers, bénéficiaires de l'aide sociale, de ceux dont les campagnes menées à coup de millions ne s'encombrent plus guère de critères éthiques. Dans ce contexte, on nous permettra de trouver quelque peu déplacés les communiqués du PS au soir du 18 octobre tentant bien maladroitement de transformer en victoire un résultat bien piètre.... La méthode Coué ne suffira pas à vaincre les forces du populisme et de l'obscurantisme UDC...

Malgré ce résultat décevant, il convient d'adresser de chaleureux remerciements à Samantha pour son engagement inlassable.

3. Démission de Philippe Perrenoud – Rücktritt von Philippe Perrenoud

Alors que la campagne nationale battait son plein, le PS Jura bernois a dû prendre acte avec regret de la décision de Philippe Perrenoud de quitter le Conseil-Exécutif. Lors de son Congrès du 18 novembre, le PS Jura bernois a proposé par acclamation Roberto Bernasconi, député de Malleray et vice-président du PS BE, pour relever le difficile défi de permettre au canton de Berne de conserver sa majorité de progrès lors des élections complémentaires du 28 février 2016.

4. La vie du parti – Die Partei im Alltag

Le PS Jura bernois, malgré des moyens financiers limités, a été présent tout au long de l'année, s'engageant tant dans les campagnes qui précèdent les votations que lors des élections. Il a poursuivi ses réflexions quant à l'adaptation de notre parti à l'évolution de la société et des moyens de communication en particulier. Il a notamment, lors de ses désormais traditionnelles «Universités d'automne» qui se sont déroulées cette année à La Neuveville, eu le privilège d'accueillir la conseillère nationale vaudoise Ada Mara pour une matinée passionnante à plus d'un titre, et à laquelle assistaient plusieurs jeunes membres – ce qui est réjouissant...

Christophe Gagnebin, membre du bureau du comité du PSJB

SP Frauen Kanton Bern

Mehrere Themen und Aktionen prägten das vergangene Vereinsjahr, dem zweiten in meiner Amtszeit. Da war einmal das Thema **demografische Entwicklung**. Unter dem Titel „Mit Springseil und Rollator in die Zukunft“ fand am 13. Juni eine Tagung statt. Sie wurde von einer Arbeitsgruppe unter der fachlichen Leitung von Grossrätin Elisabeth Striffeler vorbereitet. Rund 45 Personen nahmen daran teil. Es ging darum zu lernen, demografisch zu denken und zu handeln. An dieser Tagung wurden Thesen formuliert, welche am Parteitag der SP Kanton Bern im März 2016 verabschiedet wurden.

Aus Anlass des internationalen Tages der Frau veröffentlichten wir eine Medienmitteilung zum Thema **Lohnungleichheit** und riefen zur Teilnahme an der Kundgebung in Bern auf. Mehr als 12'000 Personen haben am 7. März für Lohnungleichheit in der Schweiz demonstriert. Zur Kundgebung aufgerufen hatte ein breites Frauenbündnis von 48 Organisationen von links bis rechts.

Schwerpunktthema in diesem Jahr waren die **Nationalratswahlen**. 31 Kandidatinnen waren auf den SP-Listen. Zusammen erreichten sie ein Durchschnittsalter von 35 Jahren. Die Älteste war 69, die Jüngste 28 Jahre alt. Zusammen haben diese 31 Frauen 44 Kinder. Im Vorfeld der Wahlen gab es

mehrere Aktionen, die eine Arbeitsgruppe, unter der Leitung von Pia Neuhaus, vorbereitet hatte.

- Am 28. März fand unter dem Titel „Der richtige Umgang mit Medien für einen erfolgreichen Auftritt“ eine Medienschulung für Grossrätinnen und Nationalratskandidatinnen im Hotel Kreuz in Bern statt.
- Am 15. August war der Kick-Off zu den Nationalratswahlen auf dem Weissenhausplatz. Zahlreiche Kandidatinnen und ihre Unterstützer/innen fanden sich rund um die Blue Cocktail Bar ein und genossen die alkoholfreien Drinks und den Austausch untereinander.
- An zwei Samstagen im Oktober reisten Nationalratskandidatinnen zusammen mit der Stelzenfrau einmal von Langenthal, über Burgdorf, Ostermündigen nach Köniz und einmal von Interlaken über Spiez, Thun nach Lyss. Unterwegs verteilten sie Flyers und Give-Aways und machen die Menschen auf die bevorstehenden Wahlen aufmerksam.

Unsere drei bisherigen Nationalrätinnen wurden bestens wieder gewählt. Ein schöner Erfolg!

Leider waren wir aus Frauensicht bei der Suche nach einer Kandidatin für die Ersatzwahlen in den Regierungsrat nicht so erfolgreich. Daher wünsche ich mir, dass sich die Arbeitsgruppe Nationalratswahlen 2015 in die Arbeitsgruppe Regierungsratswahlen 2018 wandelt.

Im Herbst nahm die **Arbeitsgruppe Wirtschaft** die Arbeit auf. Sie steht unter der Leitung von Ingrid Kissling und steckte bereits nach kurzer Zeit mitten in den Vorbereitungen für eine weitere Tagung.

Fünfmal fand während den Sessionen das **SP-Fraktionsfrauen-Mittagessen** im Restaurant Postgässli statt. Hier wurden Infos und Ideen ausgetauscht sowie möglich Aktionen geplant. Wichtiges Thema war wiederholt die Situation im Asylbereich.

Insgesamt fanden 4 Sitzungen des Leitungsgremiums, dazu 5 Sitzungen des Präsidiums sowie eine Retraite statt. Wiederum sorgte Barbara Nyffeler dafür, dass verteilt über das Jahr von den SP Frauen Kanton Bern interessante Beiträge im **Links BE** zu lesen waren. Die Zusammenarbeit im Präsidium, insbesondere mit Zora Schindler, der neuen Parteisekretärin, klappte bestens. Dank unserem Sitz in der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern konnten wir

uns auch auf dieser Ebene direkt einbringen. Im Leitungsgremium hatten wir einen Austritt zu verzeichnen und eine Frau ist neu zu uns gestossen.

2015 - ein reiches und bewegtes Jahr, das mich ob der zahlreichen Begegnungen und der tollen Zusammenarbeit mit Dankbarkeit erfüllt.

Ursula E. Brunner, Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern

JUSO Kanton Bern

Dass Politik der Jugend nicht am Arsch vorbeigeht, hat die JUSO Stadt Bern auch im 2015 wieder bewiesen. Unzählige Stunden haben junge Aktivist_innen auf der Strasse gestanden und für eine bessere Welt gekämpft. Hier ein Überblick über die wichtigsten Aktivitäten:

Miss Schweiz Protest

Was 2014 begann, zog sich durch das ganze Jahr 2015. Als wäre es nicht schlimm genug, dass friedlich demonstrierende Menschen wie Kriminelle auf den Wachposten gebracht wurden, gilt dieser Protest auch noch im Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes als linksextremistisch. Auch die unterschiedlichen Anträge im städtischen und kantonalen Parlament führten zu keiner befriedigenden Aufklärung bzw. Lösung der Situation. Die JUSO Kanton Bern, und mit ihr die JUSO Stadt Bern, haben sich das ganze Jahr mit dieser Thematik befasst. Dank Crowdfunding konnten zumindest die Bussen der verurteilten Aktivist_innen bezahlt werden. Der Umstand, dass die neue Miss Schweiz nach eigener Angabe Anarchistin ist, hat unsere Gemüter auch nicht beruhigt.

Polizeigewalt

Ganz allgemein war das Jahr 2015 von wachsender Polizeigewalt geprägt. Aktivist_in zu sein in Bern wird immer schwerer. Trotz mehrfacher Rüge seitens des Bundesgerichtes, werden DNA Proben immer noch auf Vorrat entnommen und gespeichert. Wer das Konsumieren am Samstagnachmittag mit politischem Aktivismus stört, muss mit einer Anzeige wegen Landfriedensbruch rechnen. Nebenbei hat die Kantonspolizei noch ein Handyabhör-

system für schlappe 750'000.- CHF geshoppt, das zur besseren Überwachung von Demonstrationen beitragen kann und sich rechtlich gelinde gesagt in der Grauzone befindet. Diese Entwicklung beunruhigt die JUSO Kanton Bern massiv und wird mit Sicherheit auch 2016 ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit sein.

Doch es gibt auch Erfreuliches zu berichten im Bereich der Staatsgewalt. So konnte Ende Jahr das Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz zu Ende gesammelt werden. Das Volk wird 2016 darüber entscheiden, wie sehr der Staat sich in unsere privaten Angelegenheiten einmischen darf.

Mitbestimmungsinitiative

Nach der Einführung des Motionsrechts für Menschen ohne Schweizerpass in Burgdorf und Bern hat die JUSO Kanton Bern entschieden, dieses Projekt auch in anderen Städten im Kanton voranzutreiben. So haben wir im Juni bekannt gegeben, dass die Initiative in Thun, Langenthal und Biel lanciert wird. Zurzeit sind wir in Thun in der Sammelphase, Langenthal folgt im Frühling 2016. Erfreulicherweise war, dank dem Druck Seitens der JUSO, eine Initiative in Biel nicht nötig. Der Bieler Stadtrat hat eine Motion zur Einführung des Motionsrechts für Menschen ohne Schweizerpass überwiesen.

Nationalratswahlen

Schwerpunkt des vergangenen Jahres waren ganz klar die Nationalratswahlen. 25 Jusos aus allen Regionen des Kantons Bern haben für das nationale Parlament kandidiert. Ein Vielfaches mehr hat stundenlang telefoniert und auf der Strasse gestanden. Trotz enormem Engagement haben wir es nicht geschafft, den Rechtsrutsch zu verhindern. Doch die JUSO konnte auf kantonaler Ebene leicht zulegen – diesmal ohne Second@ Plus auf der Liste - und hat das nötige Know-How gesammelt, um im Jahr 2016 einen engagierten und erfolgreichen Stadtratswahlkampf in unterschiedlichen Gemeinde und Städte im ganzen Kanton zu führen.

Trotzdem sollte uns diese Entwicklung zu denken geben. Die Rechte konnte nochmals zulegen. Die Stimmung in der Schweiz kippt immer mehr in Richtung offene Fremdenfeindlichkeit, um nicht zu sagen Rassismus. Die Arbeiterschaft leidet zunehmend unter dem Lohndruck. Wir müssen in die Offensive. Die JUSO ist überzeugt: Fertig mit der Pflasterpolitik. Wir müssen an unsere Utopien glauben und unsere Visionen nach aussen tragen. Denn die Alternative ist verheerend.

Lasst 2016 das Jahr sein, in dem wir die Welt verändern.
Auf zum Kampf für eine bessere und gerechtere Welt!

Tamara Funicello, Co-Präsidentin JUSO Kanton Bern

Sozialdemokratisches Forum

StudentInnenratswahlen 2015

Vom 9. bis zum 26. März 2015 fanden die StudentInnenratswahlen für die Legislatur 2015-2017 statt. Das Sozialdemokratische Forum (SF) hat dabei insgesamt 14'011 Stimmen (20.6%) erhalten und ist somit in der neuen Legislatur mit 9 Sitzen im StudentInnenrat vertreten. Im Vergleich zu den letzten Wahlen hat das SF einen Sitz eingebüsst. Der konstituierende SR fand daraufhin am 16. April 2015 statt. Das SF konnte in dieser Sitzung alle gewünschten Kommissionssitze wie bisher besetzen.

Politische Schwerpunkte im StudentInnenrat

Das SF hat im Jahr 2015 im StudentInnenrat der SUB insgesamt siebzehn Vorstösse eingereicht. Davon wurden zehn vollständig und einer teilweise angenommen (Abstimmung über einzelne Artikel), vier weitere abgelehnt und zwei zurückgezogen.

Schwerpunkte lagen dabei auf verschiedenen Themengebieten. Als erstes kann hier die Gründung einer Untersuchungskommission genannt werden, die klären sollte, ob der Vorstand der SUB mit den betrauten Aufgaben überlastet ist und ob die Arbeitspensen der VorständInnen von 40 Stellenprozenten dem zu leistenden Arbeitsaufwand entsprechen. Die Ergebnisse aus der Kommission werden im Jahr 2016 vorliegen.

Zweitens griff das SF, in Anlehnung an die gescheiterte Interpellation zu Beginn des Jahres, das Thema Rüstungsforschung an der Universität Bern wieder auf und beauftragte den SUB-Vorstand, im Rahmen eines Postulats Informationen zu diesem Themengebiet einzuholen.

Auch im Jahr 2015 versuchte das SF nach Möglichkeit, den Wünschen und Anliegen der Studierenden zu entsprechen, und so wurde im September die Motion „Grundausstattung der Universitätsgebäude“ eingereicht. Die Motion hat zum Ziel, dass sich der SUB-Vorstand aktiv für die Installation von Steck-

dosen und Uhren in den älteren Universitätsgebäuden (u.a. Unitobler) einsetzt. Weiter nahm das Sozialdemokratische Forum im StudentInnenrat seine Aufsichtspflicht über die Arbeit des Vorstands aktiv wahr und schaute oftmals auch etwas genauer hin.

Schliesslich versuchte das SF mit einer provokativen Motion zur Schaffung des Preises „Goldener Phallus“ auf das Thema Sexismus an der Universität Bern aufmerksam zu machen.

Anlässe

Das SF hat während des Jahres 2015 mehrere Anlässe durchgeführt, der Schwerpunkt lag dabei klar auf den StudentInnenratswahlen. Es wurden Flyer verteilt, Plakate aufgehängt und auf dem Campus der Gruppierungen Gespräche mit interessierten StudentInnen geführt. Nach der Generalsversammlung am 25. April 2015 war der nächste wichtige Termin der Tag des Studienbeginns (TdS) am 11. September 2015. Das SF verteilte bei dieser Gelegenheit bedruckte Taschen mit dem SF-Logo, welche mit Flyern und anderen Kleinigkeiten ausgestattet, grossen Anklang fanden. Um das neue Semester einzuläuten, wurde daraufhin am 8. Oktober ein Krimi-Dinner durchgeführt - welches innerhalb weniger Tage ausgebucht – ein riesiger Erfolg war. Zudem gab es durchs Jahr hinweg mehrere Fraktionsanlässe, um neue interessierte Personen willkommen zu heissen und gleichzeitig den Kontakt zwischen ehemaligen und aktuellen SF-Mitgliedern zu fördern.

Internes

Das Sozialdemokratische Forum hat im Jahr 2015 mehrere personelle Wechsel (siehe nachfolgende Tabelle) gehabt, dies sowohl in Bezug auf die Besetzung der Co-FraktionssprecherInnen als auch in Hinblick auf die Besetzung der Sitze im StudentInnenrat. Letzteres lässt sich mit den Studienabschlüssen und Universitätswechselln im Masterstudium erklären.

Co-FraktionssprecherInnen	Finanzen
Beeler Kathrin	Fux Deny
Fux Deny	Leimann Aline
Hidalgo Staub Samuel	
Liebi Corina	
Trafelet Salome	

Genehmigt per Zirkularbeschluss am 22. Februar 2016

Corina Liebi, CO-Fraktionssprecherin

SP 60 +

1. 60+ SP Schweiz

SP60+ vertritt die besonderen Bedürfnisse der Menschen, die mehr als sechzig Jahre alt sind. Sie beschränkt sich dabei nicht auf die Wahrnehmung ihrer altersspezifischen Interessen, sondern ist solidarisch mit jüngeren Generationen. SP60+ kämpft für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sowie die Achtung der Würde älterer Menschen in der Gesellschaft. Sie verfolgt diese Ziele gemäss ihrem Tätigkeitsprogramm. Aktuell verfügt die SP Schweiz etwa 1300 60+-Mitglieder.

Die SP 60+ Strukturen der SP Schweiz sind gefestigt, der Vorstand sowie drei Arbeitsgruppen arbeiten inhaltlich aktiv auf der eidgenössischen Ebene mit (AG Sozialversicherungen und Sozialpolitik, AG Verkehr und Energie, AG Gesundheitspolitik).

Von der SP Kanton Bern arbeiteten 2015 Elsbeth Wandeler sowie Rolf Zimmermann im schweizerischen Vorstand 60+ mit; Marie-Luise Abegglen und Liselotte Lüscher vertraten die kantonale 60+-Kerngruppe.

2. 60+ SP Kanton Bern

Die Kerngruppe der SP 60+ Kanton Bern erarbeitete Anfang 2015 einen Statutenentwurf, um die SP 60+ Kanton Bern als offiziellen Teil der Kantonalpartei zu etablieren. Demzufolge wäre der Vorstand ein Organ der SP Kanton

Bern mit allen entsprechenden Rechten. Zudem hätte die SP 60+ Kanton Bern Anspruch auf eine Vertretung in der Geschäftsleitung und 4 Delegierte an kantonalen Parteitag.

Zentral war im Entwurf auch, dass die regionalen Strukturen weiterhin bestehen bleiben. So ist die Form und die Arbeitsweise in den Regionen weiterhin frei und die entsprechenden Arbeitsgruppen organisieren unabhängige Anlässe.

Die Geschäftsleitung unterstützte den Entwurf und empfahl ihn dem Parteitag vom 9. Mai 2015 in Langenthal zur Annahme. Der Parteitag wiederum folgte dem Antrag der Geschäftsleitung, womit die SP 60+ Kanton Bern nun fester Bestandteil der SP Kanton Bern ist.

Am 3. Juni 2015 fand der kantonale 60+-Anlass in Spiez statt. Thema war die Einkommens- und Vermögensverteilung. Für das Referat gewonnen werden konnte Hans Baumann, SP-Gemeinderat von Dübendorf und Co-Präsident der Finanz- und Wirtschaftskommission der SP Kanton Zürich. Im anschließenden Podium diskutierte er mit Sabina Stör (SP-Gemeinderätin Interlaken) und Rolf Zimmermann (Mitglied Kerngruppe SP 60+ Region Bern-Mittelland) unter der Leitung von Daniel Vonlanthen, Redaktor beim Berner Landboten und freier Journalist, weiter zum Thema.

Folgende Personen arbeiteten 2015 in der kantonalen 60+Kerngruppe mit: Marie-Louise Abegglen (Bönigen), Werner Baumberger (Schüpfen), Peter Kurth (Langenthal), Liselotte Lüscher (Bern), Ginevra Signer (Biel/Bienne), Beat Wegmüller (Muri-Gümligen), Paul Zaugg (Heimberg).

An der Gründungsversammlung der SP 60+ Kanton Bern, welche am 27. November in Bern stattfand, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Erklärtes Ziel war, dass alle Regionen im Vorstand vertreten sind. Gewählt wurden Marie-Louise Abegglen (Bönigen), Paul Bayard (Langenthal), José Duarte (Brügg), Martin Hagi (Seedorf), Sabine Högger-Maire (Bern), Peter Kurth (Langenthal), Fred Scholl (Hinterkappelen), Martin Walser (Koppigen), Paul Zaugg (Heimberg). Das ebenfalls von der Versammlung gewählte Präsidium setzt sich aus Paul Zaugg (Präsident) und Sabine Högger-Maire (Vizepräsidentin) zusammen.

Neben den Wahlen sprach Marianne De Mestral, Co-Präsidentin der SP 60+ Schweiz, über die bisherige Arbeit und die Ziele der SP 60+. Zudem machte Ursula Marti, Parteipräsidentin SP Kanton Bern, einen Rückblick auf die eidgenössischen Wahlen 2015.

Aktuell sind rund 350 Personen aus dem Kanton Bern bei der SP Schweiz als 60+-Mitglieder registriert. Der Beitritt zu 60+ erfolgt nicht via Kantone sondern via SP Schweiz und ist für SP-Mitglieder unentgeltlich.

(<http://www.sp-ps.ch/de/partei/sozialdemokratische-bewegung/sp-60/beitrittsformular-sp60>).

3. Stand der Arbeiten Ende 2015

- 60+ Biel.Bienne-Seeland

Nachdem bisherige Versuche, die Region zu beleben, misslingen, wurde im Juni erneut versucht, Leute für die SP 60+ Biel/Bienne-Seeland zu gewinnen. Dieser erneute Startversuch sollte sich ganz mit der Zukunft der SP 60+ in der Region beschäftigen. So wurde denn auch Paul Zaugg von der SP 60+ Oberland eingeladen, um aus dieser funktionierenden Region zu berichten. Leider nahm neben den Involvierten nur eine weitere Person teil. Die Arbeit wird jetzt neu aufgezogen: Statt direkt die breite Masse anzusprechen, soll eine Kerngruppe aufgebaut werden, die aktiv mitarbeitet. In einem ersten Schritt wurden die Sektionen in der Region kontaktiert und gefragt, ob die SP 60+ bei ihnen vorgestellt werden kann.

- Verein 60+-Oberaargau

Ende 2015 sind die meisten Mitglieder des Vereins SP 60+ Oberaargau auch der SP 60+ Kanton Bern beigetreten. Damit haben sie die gleichen Rechte, wie alle Mitglieder der SP 60+ Kanton Bern. Insbesondere sind dies die Möglichkeit, in Gremien gewählt zu werden und stimmberechtigte Teilnahme an Versammlungen. Eine Mitgliedschaft bei der SP 60+ Kanton Bern schliesst eine Mitgliedschaft im Verein SP 60+ Oberaargau selbstverständlich nicht aus.

2015 hat die SP 60+ Oberaargau mehrere Anlässe organisiert: Im Frühjahr kam Regierungsrat Käser (FDP) zu Besuch und berichtete von seiner Tätigkeit. Im Sommer fand eine Tour d'Horizon Oberaargau mit Hans Stöckli. Im Dezember schliesslich lud die SP 60+ Oberaargau zu einer Bundeshausbesuch ebenfalls mit Hans Stöckli ein.

- 60+ Bern-Mittelland

In der Region Bern fanden 2015 drei Anlässe statt: Eine Diskussion zur Erbschaftssteuer mit Hans Kissling im April, eine Veranstaltung zum Thema Asylpolitik mit Hans Stöckli im August und eine Führung durch die Energie-

zentrale Forsthaus im November. Die Veranstaltungen lockten jeweils zwischen 30 und 40 Personen an.

- 60+ Oberland-Thun

Die Arbeitsgruppe 60+ Oberland hat auch 2015 interessante Veranstaltungen durchgeführt. So fand im Sommer ein Besuch bei Fred Jaggi, einem Imker der aus dem Film „More than Honey“ bekannt ist, statt. Zudem wurde das Jugendprojekt Alpenrose im Haslital besucht.

- 60+ Berner Jura

Die Förderung einer SP 60+ Jura Bernois war 2015 aufgrund vieler anderer Themen und Aktivitäten kein prioritäres Thema in der Kerngruppe. Zukünftig muss erneut versucht werden, interessierte Personen für die Organisation vor Ort zu finden. Auch eine Einbindung in die Neuenburger- oder Jurassische-60+-Strukturen wäre eine mögliche Lösung.

4. Ausblick 2016

2016 wird der Vorstand unter der Leitung der neu gewählten Präsidiums die Arbeit innerhalb der SP 60+ Kanton Bern und in der Kantonalpartei aufnehmen.

2016 wird eine ein kantonaler Anlass in der Region Bern-Mittelland durchgeführt, mitorganisiert von der regionalen 60+-Gruppe. Der Anlass fokussiert auf das Thema Gesundheitswesen und -politik.

Die regionalen 60+-Arbeitsgruppen planen fürs 2016 kantonsweit zwischen 2 – 4 Veranstaltungen mit breitem inhaltlichem Angebot. So werden AHVplus, Feminismus, Alterspolitik aber auch die Renaturierung des Worblentals Themen sein.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Regionalverbände

2015 fand kein Treffen zwischen Kantonalpartei und den Vorständen der Regionalverbände statt. Das zweijährliche Treffen wird in der ersten Jahreshälfte 2016 wieder stattfinden.

Aus Sicht der SP Kanton Bern funktionieren die Regionalverbände sehr unterschiedlich. Neben Regionen mit professionellen Strukturen (RV Bern-Mittelland) gibt es auch Regionalverbände, die ihre Aktivitäten zurückfahren (RV Thun). Dies liegt häufig an den fehlenden Ressourcen der Verantwortlichen, da Personen, die bereits in den Sektionen aktive politische Arbeit leisten, oft auch im Regionalverband mitarbeiten. Die Regionen mit weniger zeitlichen Ressourcen engagieren sich vor allem bei Wahlen – was 2015 sicher das zentrale politische Thema war. Zudem gibt es in allen Regionen Sektionen, die stärkere Unterstützung seitens der Regionalverbände benötigen. Die Regionalverbände setzen sich dort für Lösungen ein, was nur mit der Mitarbeit der betroffenen Sektionen möglich ist.

Die Kantonalpartei begleitet die Entwicklung der Regionalverbände aufmerksam. Zukünftig gilt es eine Regelung zu finden, die den Möglichkeiten der einzelnen Regionalverbände gerecht wird. Um zu eruieren, welche Unterstützung wo und in welchem Ausmass nötig ist, müssen die Bedürfnisse der Regionalverbände hinterfragt werden, um dann gemeinsam individuelle Lösungen zu erarbeiten.

Die SP Kanton Bern dankt den Präsidien und Vorständen der Regionalverbände für ihr Engagement 2015. Bei den eidgenössischen Wahlen konnten nur dank der tatkräftigen Unterstützung in allen Regionen des Kantons alle SP-Sitze verteidigt werden.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Sektionen

1. Allgemeine Bemerkungen

2015 kam es erneut zu Sektionsauflösungen (2) sowie Sektionsfusionen (3). Damit verfügt die SP Kanton Bern per 01.01.2016 über 132 Sektionen. Dieser Trend besteht nun seit einigen Jahren und wird voraussichtlich auch im nächsten Jahr weitergehen: Die Überalterung vieler Sektionen, die sinkende Bereitschaft, sich aktiv in einer politischen Partei zu engagieren, die steigende berufliche Auslastung mit Weiterbildungen oder Auslandsaufenthalten sowie das breite Freizeitangebot erschweren die notwendige Erneuerung an der Basis. Denn eine aktive Mitarbeit in einer SP-Sektion bedeutet, die persönliche Freizeit für die politische Basisarbeit einzusetzen - ein Preis, den immer weniger Leute bereit sind zu zahlen.

Die SP Kanton Bern dankt allen Sektionsvorständen und -mitgliedern für das grosse Engagement 2015. Neben dem Einsatz bei den National- und Ständeratswahlen waren unsere Leute auch für Unterschriftensammlungen für Referendum und Initiative zu den Krankenkassenprämienverbilligungen immer wieder auf der Strasse unterwegs. Nur dank diesem Einsatz konnten wir unsere Sitze im nationalen Parlament verteidigen und sowohl Referendum als auch Initiative fristgerecht einreichen.

Dass unsere Partei vom unermüdlichen Einsatz einzelnen Mitgliedern abhängig ist, ist uns allen bekannt. Die Sektionen sind das Rückgrat der Partei. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir Nachwuchs rekrutieren und interessierte Leute aktiv ansprechen. Dies kann und muss in den Sektionen geschehen – mit aktiver Unterstützung der Kantonalpartei sowie der SP Schweiz.

Im Jahr 2015 gab es in 17 Gemeinden Wahlen mit SP-Beteiligung. In den meisten konnte die SP in der Exekutive ihre Sitze verteidigen, obwohl es auch zu schmerzhaften Sitzverlusten und damit zusammenhängend Nichtwiederwahlen kam. In Bätterkinden-Kräiligen konnte die SP mit viel Engagement einen Gemeinderatssitz zurückgewinnen, den sie vor acht Jahren verloren hatte.

2. Veranstaltungen SP Kanton Bern für Sektionen und Mitglieder

Die **Vorständekonferenzen** fanden 2015 wie folgt statt:

- Sektionen der Regionalverbände Emmental und Oberaargau am 11.5. in Burgdorf
- Sektionen des Regionalverbandes Biel.Bienne-Seeland am 13.5. in Lyss
- Sektionen des Regionalverbandes Bern-Mittelland am 18.5. in Bern
- Sektionen der Regionalverbände Oberland und Thun am 27.5. in Spiez

Schwerpunktthemen der Vorständekonferenzen: National- und Ständeratswahlen 2015, Ausgangslage, Vorstellen der Kampagne, Bedeutung für die SP Kanton Bern und die Sektionen / Beitrag der SP Frauen: Lohngleichheit – auch heute noch ein Thema / Informationen zu den Juni-Abstimmungen sowie unseren Vorlagen zu den Prämienverbilligungen (Referendum und Initiative) Dienstleistungen der Kantonalpartei / Anliegen der Sektionen.

Der **Dankes Anlass** der Kantonalpartei für Vorstandsmitglieder der Sektionen fand am 23.1.2015 im Solarpark Burgdorf der Jenni Energietechnik AG statt, mit einer 1.5-stündigen Führung durch den Solarpark sowie anschliessendem Apéro. Am Dankes Anlass nahmen etwa 60 SP-Vorstandsmitglieder teil.

Das **Treffen mit den kommunalen SP-Exekutivmitgliedern** fand am 12.8.2015 im Hotel Bern statt. Im Mittelpunkt stand das Referat von Andrea Lüthi und Reto Müller zum Thema Sozialpolitik. Rund 15 Personen nahmen am Anlass teil und nutzten die Gelegenheit, sich mit dem SP-Präsidium aber auch untereinander auszutauschen.

Der **Neumitgliedertreff** wurde am 4.9.2015 im Rathaus durchgeführt. Rund 35 Personen nahmen an der einstündigen Führung der Vize-Staatschreiberin Christiane Aeschmann teil, besichtigten das „Innenleben“ des politischen Zentrums im Kanton Bern und suchten bei einem Apéro in der Eingangshalle das Gespräch mit den SP-MandatärInnen (Regierungsmitglieder, NationalrätInnen, GrossrätInnen).

Zora Schindler, Parteisekretärin

Projekt Agglomerationen

1. Projekt der SP Schweiz

Anhand des „Projekt Agglomerationen“ will die SP Schweiz mit konkreten Handlungsoptionen die SP-Sektionen in den Agglomerationen stärken. Die SP Schweiz will mit der Unterstützung der Kantonalparteien in ausgewählten Aggloktionen erreichen, dass die aktive Parteiarbeit gestärkt und die Präsenz vor Ort erhöht werden kann. Dazu gehört unter anderem auch eine geeignete Mitgliederbetreuung und eine gelingende Kommunikation nach innen und aussen. Gerade Gemeindethemen können oft dazu genutzt werden, auf die SP-Sektion aufmerksam zu machen und Unterstützung in der Gemeinde zu gewinnen.

2. Umsetzung SP Kanton Bern

Im Sommer und Herbst 2014 wurden schweizweit Sektionen für ein Projekt zur Stärkung der SP in der Agglo angefragt. Im Kanton Bern nahmen 5 Sektionen teil: Belp, Ittigen, Kehrsatz, Langenthal und Steffisburg. Die SP Port wurde angefragt, hatte jedoch kein Interesse.

Mit allen teilnehmenden Sektionen hat mittlerweile mindestens ein Treffen stattgefunden, bei dem jeweils eine Vertretung der SPS und der SPBE anwesend waren. Im Vorfeld füllten die Sektionsmitglieder einen Fragebogen aus, in welchem sie relevante Kennzahlen zur Sektion angaben. Zudem gaben sie zu verschiedenen Themen an, wie gut diese in ihrer Gemeinde umgesetzt sind.

Alle von der SPS kontaktierten Sektionen haben Schwierigkeiten mit den Mitgliedern. Oftmals treten zwar Junge in die Sektion ein, wandern aber später in die Stadt ab. Vielfach sind es seit langer Zeit die gleichen Personen, welche in der Sektion aktiv sind und diese am Leben erhalten.

Politische Themen sind meist der fehlende günstige Wohnraum und Begegnungszonen. Sektionen mit Gemeindeversammlungen haben wenige Möglichkeiten, sich an der Gemeindepolitik zu beteiligen. Da es kein Initiativrecht gibt, konzentriert sich Gemeindepolitik oft auf die konservativ geprägten Gemeindeversammlungen.

Das Projekt Agglomerationen wird in den kontaktierten Sektionen sehr geschätzt. Das zeigt sich auch daran, dass in einzelnen Sektionen die Umsetzung konkreter Projekte bereits angelaufen ist. So hat die SP Kehrsatz beispielsweise eine Petition eingereicht. Die SP Langenthal konzentriert sich auf

die Mitgliederwerbung und geht verschiedene Kanäle an, um Leute anzusprechen.

3. Fazit und Ausblick

Die Sektionsbesuche waren insgesamt erfolgreich, die Fragebogen boten den Rahmen für die Sitzungen. Das Interesse am Projekt Agglomerationen im Kanton ist gross. Die Sektionsbesuche kamen sehr gut an, und es ist ein grosses Potenzial an Möglichkeiten zur Stärkung der Sektion und/oder der Gemeinde vorhanden.

Die Beteiligten bei SPS und den Kantonalparteien sind sich einig, dass das Projekt weitergeführt werden sollte. In der aktuellen Phase werden von der SPS zusätzliche Grundlagen bereitgestellt und eine verbindlichere Zusammenarbeit mit den Sektionen geschaffen. Zu diesem Zweck werden alle beteiligten Sektionen aufgefordert, einen groben „Projektplan“ zu erstellen, an dem an einem weiteren Treffen gemeinsam weitergearbeitet wird. Schliesslich werden die Massnahmen und Dienstleistungen dann allen (Agglo-)Sektionen zur Verfügung gestellt und so eine Breitenwirkung entfaltet.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Fachausschuss Bildung

Der Fachausschuss Bildung umfasst rund 50 Mitglieder, von denen pro Sitzung zwischen 10 und 15 Personen teilnehmen. Es sind vor allem bildungsinteressierte Parteimitglieder, Personen aus der Verwaltung, der Schule und kommunalen Schulbehörden, welche in unterschiedlicher Zusammensetzung an den Fachausschuss-Sitzungen teilnehmen.

Die Zusammensetzung wechselt von Sitzung zu Sitzung und hängt mit der persönlichen Verfügbarkeit zusammen. 2015 traf sich der Fachausschuss Bildung zu 3 Sitzungen. Ausserdem fand ein Gespräch mit dem Erziehungsdirektor statt.

Der Fachausschuss Bildung hat sich an seiner ersten Sitzung im 2015 mit seiner Neupositionierung auseinandergesetzt. Als Folge des neuen Kommis-

sionensystems im Grossen Rat hat der Fachausschuss entschieden, seine Arbeit vom Rhythmus und den Inhalten des Grossen Rates zu lösen.

Die SP soll sich weiterhin bildungspolitisch positionieren. Diese Position soll im Fachausschuss Bildung erarbeitet werden. Unter anderem prüfte der Fachausschuss die Lancierung einer Volksinitiative Bildung. Ausserdem sammelte der Fachausschuss Bildung bildungspolitische Themen und Anliegen der SP.

Aufgrund der kritischen Haltung der SP-Fraktion gegenüber der Politik des Erziehungsdirektors regte dieser ein Gespräch an. Dieses wurde im FA Bildung vorbereitet, wobei einerseits die Errungenschaften und andererseits die Kritikpunkte an der Politik des Erziehungsdirektors aufgelistet wurden.

Pluspunkte sind:

- + Einführung von Tagesschulen
- + Umsetzung der Integration
- + Einführung der Basisstufe
- + Lehrplan 21

Negativpunkte sind:

- keine linke Bildungspolitik
- nur mehrheitsfähige Geschäfte -> führt zu bürgerlich geprägter Bildungspolitik
- laissez faire in den Schulen

Insbesondere interessierte die Haltung des Erziehungsdirektors zu Chancengerechtigkeit.

Als Ergebnis des Gesprächs im Oktober 2015 ergaben sich folgende Erkenntnisse: Die Aufgabe der SP, sich positionieren zu können und zu wollen, ist unbestritten. Sie muss dafür auch Erfolge im Grossen Rat ausweisen können. Abgelehnte Motionen, die in der Form von Postulaten überwiesen werden, sind unbefriedigend. Trotzdem regt der Erziehungsdirektor an, statt Maximalforderungen und Reizthemen zu wählen, kleinere Schwerpunkte anzustreben.

Die SP erklärte sich bereit, im Fachausschuss Bildung solche Schwerpunkte zu finden. Es sollen Anliegen der SP aufgenommen werden, die in Form von Vorstössen und SP-internen Aktivitäten wie Briefe an Sektionen, Tagungen, usw. von der SP bearbeitet werden können.

Irene Hänsenberger, Co-Präsidentin

AG Asyl

Die Flüchtlingskatastrophe wirkte sich im vergangenen Jahr zunehmend auf den Kanton Bern aus. Angesichts der ausserordentlichen Situation fühlten wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert, Position zu beziehen.

Im Rahmen der Leitungsgremiumssitzung vom 22. Juni 2015 kam die Flüchtlingssituation – und insbesondere die Lage der Frauen - zur Sprache. Damals wurde angeregt, das Thema bei der Grossratsfraktion einzubringen. Das geschah erstmals an der Fraktionssitzung vom 03. September und führte umgehend zur Gründung der Arbeitsgruppe Asyl.

Im Rahmen eines Mittagessens der SP-Grossrätinnen während der September-Session wurden die Flüchtlingskrise und die Situation der Frauen sowie der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMA) ebenfalls thematisiert. Es entstand die Idee, mittels eines Fragebogens herauszufinden, wie gross das Problem in den Asylunterkünften im Kanton Bern tatsächlich ist und wie die Verantwortlichen damit umgehen.

Am 16. September traf sich die AG Asyl zu ihrer ersten Sitzung. Teilnehmende waren Elisabeth Striffeler, Peter Siegenthaler, Meret Schindler, Ursula Zybach, Regina Fuhrer, Margrit Junker Burkhard und Ursula E. Brunner. Als Ziele der AG Asyl wurden vereinbart: Vorausschauen und handeln. Die AG Asyl legte Themenschwerpunkte fest und besprach das Vorgehen. Wichtig für die AG Asyl war, dass künftig Asyl-Motionen innerhalb der Fraktion abgesprochen und nach Möglichkeit mit anderen Fraktionen koordiniert werden sollten.

An der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe Asyl vom 28. Oktober wurde eine Übersicht von allen Asyl-Vorstösse der vergangenen Jahre analysiert sowie Ideen für neue Vorstösse gesammelt. Weiter beschloss die AG Asyl, den fertigen Fragebogen „Fragen an die Betreibenden von Asylunterkünften“ zur Situation von Flüchtlingsfrauen und Kinder doch nicht zu verwenden. Das Vorgehen schien und nicht geeignet, um konkret etwas bewirken zu können. Stattdessen entstanden erste Überlegungen für das Verfassen einer Strategie

der SP Kanton Bern zur Asyldebatte. Zudem wurde beschlossen, bei Fachleuten umfassende Informationen einzuholen.

An der dritten Sitzung vom 17. November wurde der Verlauf der Asyldebatte während der Session reflektiert. Folgende SP-Motionen waren traktandiert:

- Neue Lösungsansätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in den Gemeinden des Kantons Bern; Annahme als Postulat.
- Anreizsystem für Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen; Annahme als Postulat
- Die Motion „Nothilfe ist lediglich eine Überbrückungshilfe, die von kurzer Dauer sein soll“; wurde aus taktischen Gründen zurückgezogen.

Die Fraktionsleitung wurde gebeten, zur fraktionsinterner Weiterbildung den Besuch eines Asylzentrums zu organisieren.

Weil der Bedarf nach einem Grundlagenpapier immer drängender wurde, erteilte die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern an der Sitzung vom 8. Dezember der Arbeitsgruppe Asyl den Auftrag, ein Positionspapier Asyl zu erstellen.

Ursula E. Brunner, Grossrätin

AG Kirche und Staat

Am Anlass zur Diskussion des Berichtes des Regierungsrates zu Kirche und Staat der SP Kanton Bern am 2. Juli 2015 wurde gewünscht, dass sich die interessierten Parteimitglieder wieder treffen. Diesem Wunsch kam die Parteileitung entgegen. Auf einen Aufruf im links.be meldeten sich interessierte Parteimitglieder für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe. SP Kanton Bern bietet somit die Möglichkeit bei den weiteren Diskussionen zum Thema „Kirche und Staat“ mitzumachen. Spätestens bei der Totalrevision des Gesetzes über die Landeskirchen wird die SP eine Stellungnahme abgeben dürfen. Die Vernehmlassung ist im Herbst 2016 geplant. Es ist geplant in Sitzungen der Arbeitsgruppe die Vernehmlassungsantwort der SP Kanton Bern zu erarbei-

ten und die Totalrevision des Kirchengesetzes im Grossen Rat zu begleiten. Interessierte sind weiterhin willkommen.

Adrian Wüthrich, Grossrat, Vizepräsident der SP-Grossratsfraktion, Vorsitzender der AG

AG SPowers

Richtplan Windenergie

Am 04.03.2015 traf sich ein kleiner Kreis von Interessierten zum Thema «Richtplan Windenergie der Regionalkonferenz Mittelland». www.bernmittelland.ch/de/themen/raumplanung/Windenergie/windkraftanlagen.php

Die Vorstudien zeigen für Windkraftanlagen nicht wenige Standortmöglichkeiten entlang der bekannten Achsen Voralpen, Alpen, Jura auf. Jedoch zeigt sich dort, wo eine höhere Dichte von Anlagen möglich ist, auch eine niedrigere Akzeptanz: Die Anlagen sind in den hügeligen Gebieten gut sichtbar sind und damit kommt der Landschaftsschutz ins Spiel.

Heute verteilen sich mehr als 10'000 riesige Hochspannungsmasten über unser Land, daran nimmt heute kaum jemand (mehr) Anstoss. Dieses Beispiel zeigt, dass sich die Akzeptanz gegenüber Windkraftwerken auch noch ändern kann.

Angesichts der vielen möglichen Standorte ist es auch möglich, solche zu wählen, welche nicht in Vogelzuggebieten stehen. Zudem ist zu beobachten, dass im Windenergiemarkt immer mehr Vogelschlagpräventionstechniken auftauchen.

SPowers ist der Meinung, dass sich noch mehrere Standorte im Kanton Bern realisieren lassen. Aus der Presse vom 5. März 2016 geht hervor, dass der kantonale Richtplan Windparks im Moment in die Vernehmlassung geht.

Motion „Energierregion Emmental“

Die Motion wurde innerhalb SPowers geplant und von Res Hofmann, zusammen mit weiteren MotionärInnen Ende Jahr 2014 eingereicht. Sie wurde in der Junisession 2015 in ein Postulat umgewandelt und vom Grossen Rat überwiesen.

Zitat aus der Antwort der Regierung: «Der Regierungsrat ist bereit zu prüfen, wie eine gezielte Information und eine entsprechende Unterstützung der Regionen des Kantons Bern bezüglich der «Energierregion Emmental» aussehen könnte. Eine Möglichkeit wäre die Ausweitung der Aufgabenbereiche der regionalen Energieberatungsstellen. Die regionalen Energieberatungsstellen haben einen guten Draht zu den Regionen, das nötige Wissen und für den Kanton wären die finanziellen Folgen gering».

In der Motion geht es darum, das erfolgreiche Modell «Energierregion Emmental» auf den Kanton Bern auszuweiten.

Überarbeitung Energiestrategie 2006, Massnahmen 2015-2018

Im Oktober begleitete SPowers die Energiestrategie zuhanden der SP Mitglieder der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK), die in der Novembersession 2016 vom Grossen Rat beraten wurde. Unsere Anregungen umfassten folgende Themenkreise:

1. Stromgestehungskosten aus AKW's richtig rechnen.
2. Automationslösungen zum Stromsparen: Ja, Aber.
3. Gaskraftwerk Utzenstorf ist immer noch im Kantonalen Richtplan enthalten.
4. Sanierungspflicht Elektroboiler: Da geht zu viel Zeit ins Land.
5. Verkehrsplanung Emmental- Oberaargau: Wo leistet der Verkehr seinen CO2 – Einsparanteil?

Andreas Hofmann, Grossrat

Jürg Joss, Gemeinderat Bätterkinden

Bildungsveranstaltungen

Die SP Kanton Bern bot 2015 verschiedene Bildungsveranstaltungen für die Stärkung der Sektionen und ihrer Aufgabenbereiche an. Insgesamt wurden durch die SPBE 2015 vier Bildungsveranstaltungen angeboten, davon wurde nur eine durchgeführt:

- Benützung Webportal – eine Aufgabe mit Pfiff

Abgesagt wurden mangels InteressentInnen die Veranstaltungen „Ich kandidiere in meiner Gemeinde – und will gewählt werden“, „Gemeindewahlen – Wie gewinnen wir?“, „Ich bin neu im Sektionsvorstand – Was muss ich wissen?“ und „Mitgliedergewinnung und Mitgliederpflege“.

Das Angebot „Webportal“ stiess dagegen auf grosses Interesse, insgesamt nahmen 13 Personen an dieser Veranstaltung teil. Aufgrund der grossen Nachfrage fand diese Bildungsveranstaltung zweimal statt und wird auch 2016 sicher angeboten werden.

Zora Schindler, Parteisekretärin

Parteisekretariat

Die Arbeit des Parteisekretariats umfasste 2015 folgende vier Schwerpunkte: Die nationalen Wahlen vom 18. Oktober mit der üblichen Kampagne und neu einer Basiskampagne, die Vorbereitungen für die Regierungsratsersatzwahlen vom Februar 2016, das Referendum und die Initiative gegen den Abbau bei den Prämienverbilligungen sowie den SP-Auftritt an der BEA im Mai.

Diese grossen Projekte, neben den üblichen Sekretariatsarbeiten, machten 2015 zu einem herausfordernden Jahr für das Sekretariatsteam, das mit zwei ganz neuen Leuten startete: Zora Schindler und Szabolcs Mihalyi. Im Verlauf des Jahres stiessen zudem der Praktikant Fabio Peter sowie das ganze Basiskampagnenteam dazu.

Willkommen Zora

Im Januar 2015 begann Zora Schindler als Nachfolgerin von Angelika Neuhäusler ihre Arbeit für die SP Kanton Bern. Sie übernahm die Betreuung der Parteigremien, Sektionen und Regionalverbände sowie die Mitarbeit bei den SP-Frauen, den JUSO und der SP 60+. Zora musste zwar in sehr grosse Fussstapfen treten. Sie konnte sich aber in kürzester Zeit in die vielfältigen Dossiers einarbeiten und wurde zu einer ganz wichtigen Stütze der gesamten

Partei. Herzlich Willkommen im Sekretariatsteam und ein grosses Merci für die wertvolle Mitarbeit.

Willkommen Sabi

Im Januar 2015 begann Szabolcs Mihalyi - kurz Sabi - als Nachfolger von Oliver Lüthi seine Arbeit für die SP Kanton Bern. Sabi wurde buchstäblich ins kalte Wasser geworfen, musste er sich doch umgehend um die Vorbereitung der nationalen Wahlen kümmern und gleichzeitig die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen den Prämienabbau organisieren. Trotz dem Kaltstart konnte sich Sabi rasch im Team und bei der Arbeit sehr gut einbringen. Herzlich Willkommen im Sekretariatsteam und ein grosses Merci für die wertvolle Mitarbeit.

Danke Fabio

Ab April bis Ende Oktober 2015 unterstützte Fabio Peter als Praktikant das SP-Sekretariatsteam. Er engagiert sich stark bei der Kampagne für die Nationalratswahlen und den beiden Unterschriftensammlungen zu den Prämienverbilligungen. Er war eine sehr wichtige Stütze in diesem arbeitsreichen Jahr. Herzlichen Dank für die wertvolle Mitarbeit.

Danke Micha, Anna, Lirija, Käthi, Dominik, Matthias, Simeon und Felix

Ab Mai verdoppelte sich das Sekretariatsteam auf einen Schlag. Das Basis-kampagnenteam nahm seine Arbeit für die nationalen Wahlen auf. Die Zusammenarbeit war sehr spannend und aufgrund der Raumverhältnisse nicht immer ganz einfach. Es bereitete dennoch grosse Freude mit diesen acht topmotivierten Menschen eine ganz neue Art von Wahlkampf zu machen. Herzlichen Dank für das grosse Engagement.

Nationale Wahlen 2015

Die National- und Ständeratswahlen endeten für die SP Kanton Bern erfolgreich. Alle sechs Bisherigen im Nationalrat sowie Ständerat Hans Stöckli in einem zweiten Wahlgang wurden klar wiedergewählt. Nach den vielen aufwändigen Vorbereitungsarbeiten und der anspruchsvollen Basiskampagne war ein solches Resultat natürlich auch für das Sekretariatsteam eine grosse Befriedigung.

Regierungsratsersatzwahlen 2016

Im Spätsommer 2015 gaben die Regierungsräte Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud ihre Rücktritte auf Ende Juni 2016 bekannt. Bald wurde der 28. Februar 2016 als Datum für die nötige Ersatzwahl bekanntgegeben. Umgehend musste das Sekretariat parallel zu den nationalen Wahlen und zur Prämienverbilligungs-Initiative die Kampagne für die Regierungsratsersatzwahlen vorbereiten. Mit Christoph Ammann und Roberto Bernasconi konnten erfreulicherweise zwei sehr erfahrene und kompetente Kandidaten gefunden werden.

Referendum / Initiative zu den Prämienverbilligungen

In der Januar-Session beschlossen die Bürgerlichen im Grossen Rat einen massiven Abbau bei den Prämienverbilligungen. Darauf ergriff die SP mit den Grünen das Referendum. Um die nötigen Geldmittel für die Prämienverbilligungen sicherzustellen, wurde zudem auch noch eine Initiative beschlossen. Somit musste die SP im Wahljahr auch noch zwei Unterschriftensammlungen bewältigen. Die Herausforderung war sehr gross, aber am Schluss gelang es nicht zuletzt dank einigen sehr eifrigen Mitgliedern sowie dem Seki-Team selber, das regelmässig auch auf die Strasse ging.

SP-Auftritt an der BEA im Mai

Die BEA-Präsenz der SP ist nicht mehr wegzudenken. Der Standort beim Haupteingang ist ideal, das Zwirbelrad und die Ballone waren ein Publikumsmagnet. Die eidgenössischen Wahlen, die Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni sowie das Unterschriften sammeln für die Initiative «Bewährte Prämienverbilligungen» standen im Mittelpunkt. Gerade die Kandidierenden hatten so eine gute Möglichkeit sich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Sekretariatsteam 2015

David Stampfli

Geschäftsführender Parteisekretär (80%)
seit April 2014

Leitung des Sekretariates, Konzept- und Planungsarbeit, Betreuung der Gremien, politischer Sekretär, Begleitung der Grossratsfraktion, Kommunikation, Finanzen, Kampagne National- und Ständeratswahlen sowie Regierungsratsersatzwahlen, Initiative / Referendum Prämienverbilligungen

Zora Schindler

Parteisekretärin (80%)
seit Jan. 2015

Betreuung Parteigremien, Mitarbeit bei den SP-Frauen, JUSO und SP 60+ sowie Vernetzung der verschiedenen AkteurlInnen im politischen Umfeld, Betreuung Sektionen, Regionalverbände, Bildungsveranstaltungen

Szabolcs Mihalyi

Kampagnenverantwortlicher (80%) seit Jan. 2015

Kampagnen für Wahlen und Abstimmungen, Publikationen (inkl. links.be und Website), Mitgliederwerbung, Kampagne Nationalratswahlen, Initiative / Referendum Prämienverbilligungen

Rosa Treu

Buchhalterin (40%)
seit Nov. 2013

Buchhaltung SP Kanton Bern, SP Region Bern-Mittelland, SP Stadt Bern und SP Frauen Kanton Bern, Mittelbeschaffung, Infrastruktur

Sonja Walther

Administration (75%)
seit Aug. 2008

Empfang und Auskunft, administrative Betreuung der Grossratsfraktion, Ausschuss RichterInnenwahlen, Organisation der Parteitage, Assistenz Parteisekretärin und Parteisekretär, Aktualisierung Website, Adress- und Mitgliederverwaltung, Mutationen

Michael Sutter

Parteisekretär SP Stadt Bern und Bern-Mittelland
seit Okt. 2012

Verantwortlich für Stadtpartei und Regionalverband (Bürogemeinschaft mit SP Kanton Bern)

Puntorije Shaipi

Reinigung
seit Dez. 2013

Reinigung SP-Sekretariat

Fabio Peter

Praktikant (50%)
April 2015 – Oktober 2015

Assistenz bei den National- und Ständerats-
wahlen sowie den beiden Unterschriften-
sammlungen zu den Präminenverbilligungen

Micha Kuchler

Anna Tanner

Lirija Sejdi

Käthi von Wartburg

Dominik Fitze

Matthias Loosli

Simeon Marty

Felix Graf

Team Basiskampagne
Mai 2015 – Okt. 2015

Basiskampagne für die nationalen Wahlen
2015

DANKE

Das Leitungsteam des SP-Sekretariates dankt allen Mitarbeitenden für ihren grossen Einsatz für unsere Partei, für das Übersichtbehalten in stürmischen Zeiten von Wahlen und Unterschriftensammlungen sowie die stets zukommende Zusammenarbeit mit den Gremien, MandatärInnen und Parteimitgliedern.

Ebenfalls danke ich im Namen des Sekretariatsteams allen Ehrenamtlichen und Freiwilligen, welche in den Gemeinden, auf regionaler Ebene oder in der kantonalen Geschäftsleitung und den verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen unzählige Stunden ihrer Freizeit für die Parteiarbeit einsetzen. Ein Dank auch an alle Regierungsmitglieder, Grossratsmitglieder, die Bundesrätin, unsere Nationalratsmitglieder, unseren Ständerat und die zahlreichen weiteren MandatsträgerInnen unserer Partei für Ihren Einsatz für eine soziale, gleichberechtigte und ökologische Politik.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

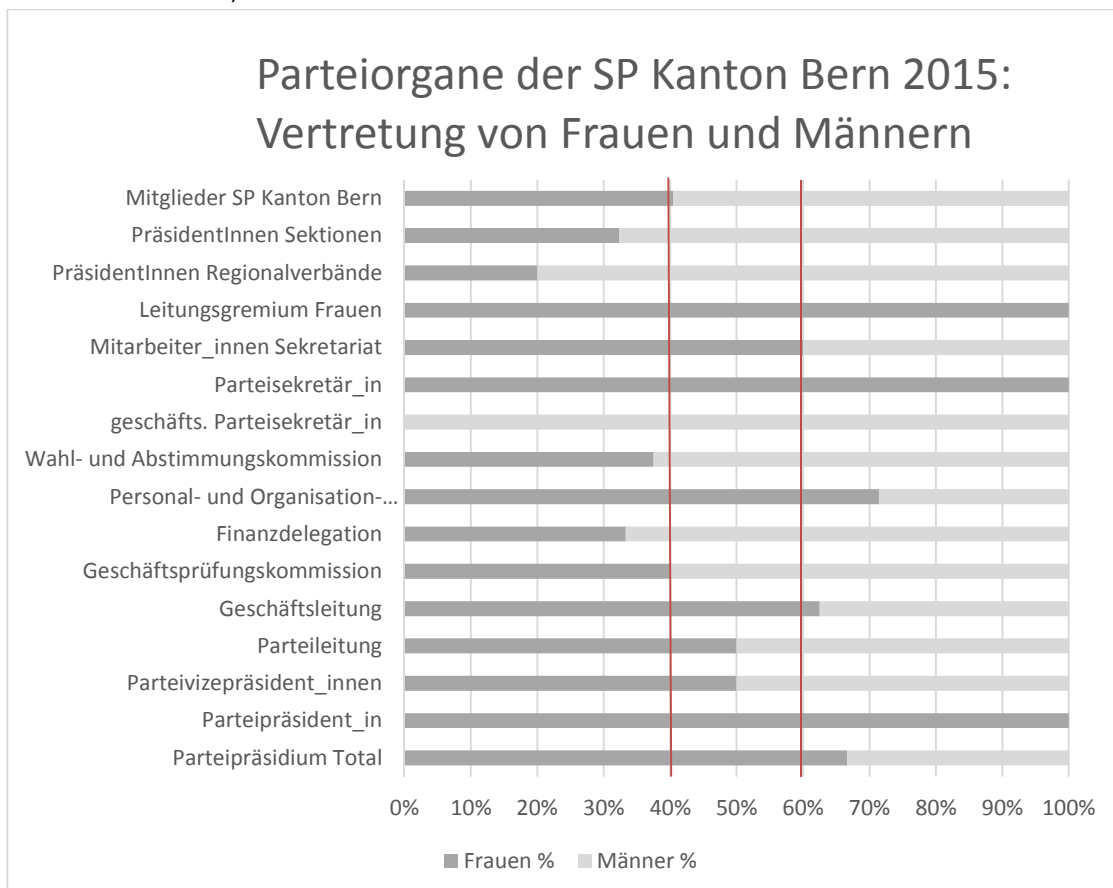
Gleichstellungsmonitoring

Die SP Kanton Bern fordert in ihrem aktuellen Parteiprogramm die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann. Sie will Chancengleichheit für Frauen und Männer in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dies gilt natürlich auch für die SP selbst. Als konkrete Massnahme hat die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern 2013 entschieden, jährlich die Geschlechteranteile in ausgewählten Parteiorganen und in politischen Ämtern zu erheben.

Die Zahlen sollen den Handlungsbedarf aufzeigen und die Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen sensibilisieren und dazu anregen, Massnahmen für eine ausgeglichene Vertretung der Geschlechter zu treffen.

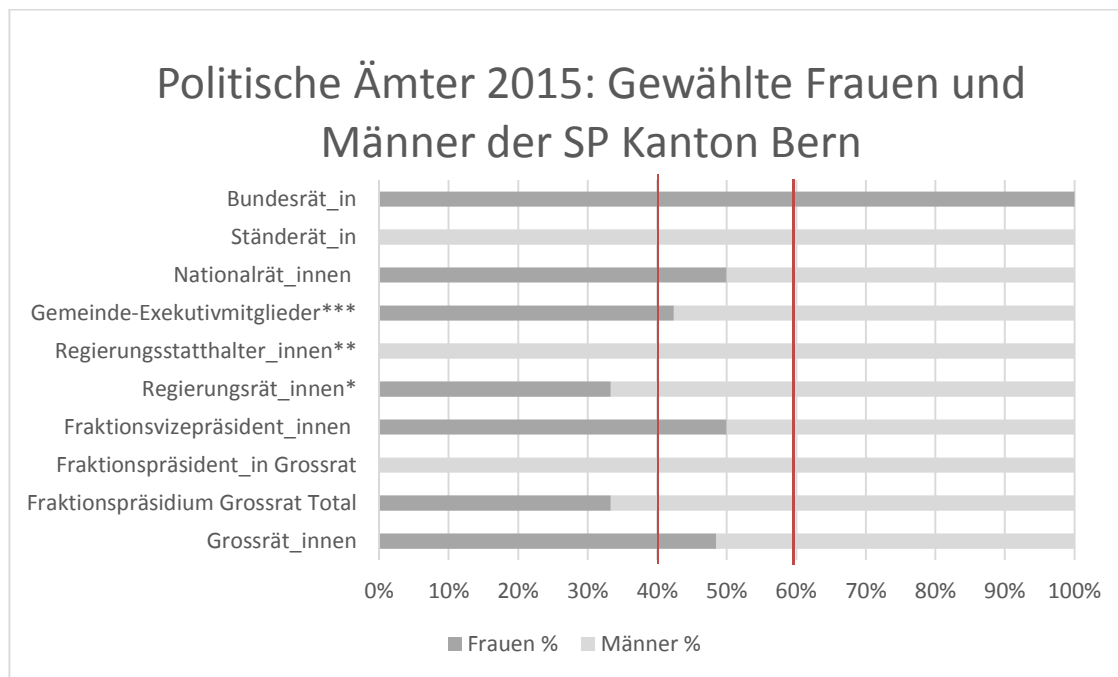
Parteiorgane

Insgesamt waren die Männer in sieben und die Frauen in sechs Organen besser vertreten. In zwei Fällen war das Verhältnis je 50%. Die Zielvorgaben (untervertretenes Geschlecht mindestens 40%) wurden in fünf Organen nicht erreicht: Präsident_innen Sektionen, Präsident_innen Regionalverbände, Wahl- und Abstimmungskommission (Männer übervertreten) sowie bei der Personal- und Organisationskommission und der Geschäftsleitung (Frauen übervertreten).



Politische Ämter

Wie 2014 waren die Männer in sieben, die Frauen in einem Organ besser vertreten. In zwei Fälle war das Verhältnis je 50%. Die Zielvorgaben wurden wie bereits 2014 in einem Gremium nicht erreicht: Bei den Regierungsstatthalter_innen.



Tanja Bauer, Mitglied der Geschäftsleitung

Mitgliederzahlen in den Sektionen

Regionalverband	Sektion	01.01.2014	01.01.2015
PSJB	PS Bevilard	12	12
	PS Haut Vallon de St. Imier	54	61
	PS La Neuveville	21	20
	PS Malleray	11	12
	PS Moutier	25	25
	PS Tramelan	65	64
	Einzelmitglieder	1	1
	189	195	

**RV Biel/Bienne-
Seeland**

PS Bienne Romand	90	88
SP Aarberg	35	35
SP Aegerten	22	22
SP Arch-Leuzigen	5	5
SP Biel-Madretsch	104	92
SP Biel-Stadt/Ost	166	161
SP Brügg	30	30
SP Büren an der Aare	17	17
SP Busswil bei Büren	14	
SP Diessbach bei Büren	12	11
SP Dotzigen	22	23
SP Erlach	13	14
SP Frienisberg		19
SP Grossaffoltern-Rapperswil	47	45
SP Ins	30	28
SP Ipsach	30	30
SP Jens	16	16
SP Lengnau	19	14
SP Lyss - Busswil	91	97
SP Nidau	47	45
SP Orpund	24	27
SP Pieterlen	10	10
SP Port	20	22
SP Radelfingen	11	
SP Safnern	13	12
SP Schüpfen	43	43
SP Seedorf	10	
SP Studen	8	9
SP Täuffelen	30	30
SP Twann-Ligerz-Tüscherz	25	25
SP Worben	15	14
Einzelmitglieder	5	5
	1024	989

RV Oberaargau

SP Aarwangen	29	28
SP Attiswil	7	7
SP Eriswil	8	8
SP Grasswil	9	9
SP Herzogenbuchsee	87	82
SP Herzogenbuchsee Frauen	5	4
SP Huttwil	26	25
SP Inkwil	4	4
SP Langenthal	150	141

	SP Lotzwil	11	9
	SP Madiswil	16	15
	SP Melchnau	12	13
	SP Niederbipp	30	27
	SP Oberbipp	9	9
	SP Roggwil	56	53
	SP Schwarzhäusern	13	13
	SP Thunstetten-Bützberg	26	20
	SP Wynau	18	17
	Einzelmitglieder	2	2
		518	486
RV Emmental	SP Aefligen	10	9
	SP Bätterkinden-Kräiligen	46	45
	SP Burgdorf	153	150
	SP Hindelbank	8	8
	SP Koppigen-Willadingen	36	36
	SP Krauchthal-Hettiswil	22	18
	SP Langnau	106	103
	SP Lauperswil-Rüderswil	14	14
	SP Lyssach	23	23
	SP mittleres Emmental	35	29
	SP Oberburg	25	27
	SP Rüdtligen-Alchenflüh	14	13
	SP Signau-Schüpbach	11	11
	SP Sumiswald-Wasen	21	20
	SP unteres Emmental	34	35
	SP Utzenstorf-Wiler-Zielebach	60	58
	SP Wynigen-Rumendingen	15	16
	Einzelmitglieder	5	5
		638	620
RV Bern-Mittelland	SP Belp	87	85
	SP Bern-Altstadt/Kirchenfeld	182	180
	SP Bern-Bümpliz/Bethlehem	202	211
	SP Bern-Holligen	68	72
	SP Bern-Länggasse-Felsenau	155	174
	SP Bern-Nord	254	254
	SP Bern-Ost	180	178
	SP Bern-Süd	178	168
	SP Biglen	10	10
	SP Bolligen	77	73
	SP Bremgarten	53	51
	SP Ferenbalm	10	9

	SP Gerzensee	8	8
	SP Grosshöchstetten	12	15
	SP Ittigen	53	54
	SP Jegenstorf u. U.	52	50
	SP Kaufdorf-Rümligen	19	18
	SP Kehrsatz	31	30
	SP Kirchlindach	30	30
	SP Köniz	257	251
	SP Konolfingen	49	47
	SP Laupen	40	41
	SP Meikirch	22	21
	SP Moosseedorf	44	44
	SP Mühleberg	19	19
	SP Münchenbuchsee	91	86
	SP Münsingen	69	67
	SP Muri-Gümligen	82	83
	SP Neuenegg	39	39
	SP Oberdiessbach	19	21
	SP Ostermundigen	86	90
	SP Rubigen	33	32
	SP Rüeggisberg	4	4
	SP Schwarzenburg	67	66
	SP Stettlen	22	24
	SP Toffen	12	13
	SP Urtenen-Schönbühl u. U.	47	44
	SP Vechigen	27	26
	SP Walkringen	12	12
	SP Wichtrach	17	15
	SP Wohlen	81	79
	SP Worb	92	90
	SP Zollikofen	73	71
	Einzelmitglieder	24	22
		2989	2977
RV Thun	SP Blumenstein	7	6
	SP Burgistein	11	11
	SP Fahrni	12	
	SP Heimberg	38	37
	SP Hilterfingen-Hünibach	30	33
	SP Oberhofen	33	32
	SP Seftigen	20	20
	SP Sigriswil		13
	SP Steffisburg	82	88
	SP Thierachern	19	19

	SP Thun	300	287
	SP Uetendorf	43	44
	SP Uttigen	28	26
	SP Wattenwil	14	13
	Einzelmitglieder	3	1
		640	630
RV Oberland	SP Beatenberg	2	2
	SP Bönigen	24	20
	SP Brienz	24	24
	SP Frutigland	55	47
	SP Grindelwald	8	6
	SP Interlaken	55	53
	SP Lauterbrunnen	10	10
	SP Matten bei Interlaken	26	25
	SP Meiringen-Oberhasli	35	34
	SP Reichenbach im Kandertal	17	16
	SP Saanen	6	5
	SP Spiez	117	110
	SP Unterseen	56	55
	SP Wilderswil	19	19
	SP Zweisimmen	9	8
	Einzelmitglieder	6	6
		469	440
Mitglieder Kanton		6467	6337
Einzelmitglieder			
Stadt		6	5
Einzelmitglieder			
Kanton		26	30
Total Mitglieder		6499	6372

Bilanz und Erfolgsrechnung

Bilanz per 31. Dezember 2015

(mit Vergleich 2014)

	2015		2014	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Aktiven				
Flüssige Mittel (Kassa, Konten)	498'614.98		608'659.95	
Forderungen bei Sektionen	39'033.90		18'637.55	
übrige Forderungen	21'545.43		5399.69	
Delkredere	0.00		0.00	
Transitorische Aktiven	15'488.60		1'642	
Warenvorräte	1.00		1.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
Wertschriften	2'000.00		0.00	
Total Aktiven	576'684.91		634'341.18	
Passiven				
Kreditoren		14'476.99		5'661.70
Transitorische Passiven		9'988.55		5'716.75
Fonds Parteientw.&Soziales		95'763.87		97'466.52
Wahlfonds		265'000.00		335'000.00
Gewinnvortrag 1.1.		190'496.21		186'381.98
Ergebnis lfd. Jahr		959.29		4'114.23
Total Passiven		576'684.91		634'341.18

Bern, 25.02.2016

Erfolgsrechnung vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

(mit Vergleichszahlen 2014)

Einnahmen	2015		2014	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Mitgliederbeiträge BE + CH	620'802.00		635'646.00	
Wahlfinanzierung	89'223.60		10'729.00	
Solidaritätsbeiträge	227'934.25		204'101.87	
Mandatsabgaben	262'503.15		284'548.00	
Fundraising SP Schweiz	0.00		34'777.25	
Spenden/Kampagnenertrag	69'867.71		56'911.73	
Zahlungen SP Stadt/RV et al.	101'796.05		111'396.70	
Zahlungen Grossratsfraktion	118'000.00		130'000.00	
Übrige Erträge	7'505.40		10'902.90	
Total Einnahmen	1'497'632.16		1'479'013.45	
Ausgaben				
Mitgliederbeiträge SP Schweiz		348'040.00		356'455.00
Politik, Kampagnen		110'454.74		126'664.48
Wahlen		464'418.87		420'073.38
Einlagen/Auflösung Wahlfonds		-70'000.00		-165'000.00
Einl./Aufl. Fonds Parteientw.		0.00		0.00
Personalaufwand		511'381.70		577'726.63
Administration		137'028.16		142'017.98
übriger Aufwand		-4'650.60		16'961.75
Ergebnis		959.29		4'114.23
Total Ausgaben		1'497'632.16		1'479'013.45

Bern, 25.02.2016

Kommentar zur Jahresrechnung 2015

Die Jahresrechnung 2015 schliesst mit einem Gewinn von 959.30 Franken ab. Aufgrund der Wahlen beanspruchten wir einen Teil der Rückstellungen aus dem Wahlfonds. Allerdings mussten wir deutlich weniger entnehmen, als eigentlich budgetiert. Im Wahlfonds sind nun insgesamt 265'000 Franken. Damit stehen für die kommenden Wahlen 2018 und 2019 weiterhin genügend Mittel zur Verfügung, auch wenn der Fonds durch die Regierungsratsersatzwahlen nun ausser Plan belastet wird.

Die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen sanken leider auch dieses Jahr massiv. Einmal mehr kam es zu Sektionsauflösungen und -fusionen. Zudem traten 91 Mitglieder mehr bei der SP Kanton Bern aus- als ein. Umso mehr sind in den kommenden Jahren verstärkte Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung nötig. Die Mitgliederbeiträge sind weiterhin die Basis der Finanzierung unserer Partei. Die Einnahmen aus dem Solidaritätsbeitrag bewegen sich weiterhin im Rahmen des Budgets. Die Mandatsabgaben verzeichnen einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr, sind aber weiterhin ein enorm wichtiger Bestandteil unseres Budgets. Einen grossen Dank an alle Mandatärinnen und Mandatäre unserer Partei, welche diese Abgabe für unsere politische Arbeit und unsere Abstimmungs- und Wahlkampagnen leisten. Dank diesen Mehreinnahmen konnten einmal mehr die tieferen Sektionsbeiträge aufgefangen werden.

Bei den Ausgaben konnten insbesondere das Wahlbudget sehr gut eingehalten werden. Das liegt auch daran, dass den Regierungsratsersatzwahlen vor Augen die Ausgaben nicht noch explizit forciert wurden. Genauso wurde beim Engagement für weitere politische Aktivitäten Zurückhaltung geübt. Insgesamt konnte der Aufwand kleiner gehalten werden, als geplant. Dadurch ist es nun auch möglich, mehr Mittel im Wahlfonds zu belassen.

Die Jahresrechnung ist vom Revisionsteam Stefan Neuenschwander und Verena Moser geprüft worden und wird zur Genehmigung empfohlen.

David Stampfli, geschäftsführender Parteisekretär

Revisionsbericht



über die Prüfung der Rechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) vom 1.1.2015 – 31.12.2015 der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern

Als statutarisches Rechnungsprüfungsorgan haben wir die Prüfung am 26. Februar 2016 im Beisein der Buchhalterin durchgeführt.

Unsere Prüfung erfolgte nach Grundsätzen, wonach wesentliche Fehlaussagen der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt und ausgeschlossen werden können.

- Wir haben die Posten und Angaben in der Rechnung mittels Analysen und stichprobenweise Erhebungen geprüft.
- Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Rechnung als Ganzes.
- Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet
- Die Saldi der Bilanz-Konti per 31.12.2015 sind nachgewiesen worden.
- Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Buchführung und die Rechnung vom 1.1.2015 bis 31.12.2015, welche einen Überschuss von CHF 959.25 ausweist, Gesetz und Statuten.

Aufgrund des Ergebnisses unserer Prüfung kann dem finanzverantwortlichen Parteisekretär, David Stampfli, die Décharge erteilt werden.

Ort und Datum: Bern, 26.02.2016

Im Namen der GPK SP Kanton Bern

Die Revisoren

Verena Moser

Stefan Neuenschwander